Nr. 165. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 18. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Zum Ministerwechsel.

London, 14. Juli.

Marquis von Salisbury legte sein hohes Amt nieder, ohne die geringste Erschütterung in der englischen Politik hervorgerufen zu haben. Ueber sein Leben und Wirken herrscht nicht jener Meinungsstreit, der sich an große historische Namen zu knüpfen pflegt. Er ist weder gehaßt wie Disraeli, noch geliebt wie Gladstone, trotzdem er seinen beiden politischen Zeitgenossen an Geist und Wissen mindestens gleichkommt. Salisbury gehört zweifellos zu den gebildetsten Politikern des neunzehnten Jahrhunderts. Und doch tritt er von einer lange gehaltenen machtvollen Stellung zurück, ohne irgend welche Spur einer großen That zu hinterlassen. Er verurteilte sich zur Unfruchtbarkeit, indem er die Aufgabe seines Lebens darin erblickte, den socialen Fortschritt zu hemmen. Sein philosophischer Konservatismus schlug seinen reichen und feingebildeten Geist in Bande. Seine Thätigkeit war eine negative. Man könnte die englische Socialgeschichte der letzten fünfzig Jahre schreiben, ohne Salisbury zu erwähnen. Nur für eine einzige negative That wird ihm die angelsächsische Rasse dankbar sein: für seine ruhige Antwort auf die kriegerische Botschaft, die vom Präsidenten Cleveland in der Venezuela-Frage an den Kongreß der Vereinigten Staaten zu Ende des Jahres 1895 gerichtet wurde. Im übrigen stand er seiner großen Zeit mit stoischer Gleichgültigkeit gegenüber. Er hatte keinen Sinn für die Arbeiterbewegung oder für die Demokratie, keine Sympathie mit Irland oder irgend einer andern Reformbewegung. Nicht einmal der Imperialismus hatte seine Billigung. Er widersetzte sich der Disraelischen Wahlreform vom Jahre 1867. Er that nichts für Indien, dessen Sekretär er in den Jahren 1866—67 und 1874—78 war, obwohl er die indische Notlage ebenso gut kannte wie der eifrigste indische Reformer. Er glaubte überhaupt nicht an die Möglichkeit des Fortschritts durch menschliche Bemühungen. Er glaubte nicht an die Macht des Gesetzes oder des Staates. Agitationen waren Gegenstände seines Hohnes. Der Strom der Zeit bringt alles. Warten und wachen auf den Feind ist die ganze Kunst des Staatsmannes. Seine letzte große Rede im Monat Mai in der Versammlung der Primrose-Liga war eine Warnung vor politischer Hast. Im Guten und im Schlechten war das quieta non movere sein Grundsatz, den er mit viel Beredsamkeit und Scharfsinn verteidigte. Er war die Verkörperung eines sehr großen Teiles des zeitgenössischen Englands, der nichts sehnlicher wünscht als den Stillstand der Weltgeschichte. „Sonne, stehe stille zu Gibeon, und Mond im Tale Ajalon!" — um das Errungene bewahren und genießen zu können. Salisbury war nie so scharfsinnig, witzig, beißend oder cynisch, als in Momenten, wo es galt, socialpolitische und weltpolitische Heiligtümer zu verhöhnen. Disraeli nannte ihn einst den Meister des Witzelns und Spottens. Salisburys schriftstellerische Arbeiten in der „Quarterly Review" und in der „Saturday Review" sind reich an Witzeleien, seine politische Laufbahn ist bestreut mit den Pfeilen seines Spottes, aber seinen besten Witz behielt er für das Ende, indem er seinen Neffen Arthur J. Balfour dem König empfahl. Mr. Joseph Chamberlain, der von Salisbury einst Jack Cade genannt wurde, wird seinen Witz zu würdigen wissen.

In seinem 54. Lebensjahre übernimmt Mr. Arthur J. Balfour die Premierschaft des britischen Reiches. Er steht dem Geiste der gebildetsten und obersten Schicht Englands noch näher als sein Onkel. Vornehm und gewandt in der Rede, subtil in seiner Logik, ohne Illusionen in der Politik, leidenschaftslos im Handeln und allem Lärmen und aller gemeinen Streberei abgeneigt. Balfour ist der Typus des sich herausarbeitenden neuesten englischen Gentleman, dem das Hasten und Jagen der Amerikaner und die weltpolitischen Ertasen der Teutonen bis in die Seele zuwider sind. Politik, Handel, Krieg und Zeitunglesen sind ihm notwendige Uebel, die man mit Würde ertragen muß. Dafür hält er sich schadlos an einem guten Spiele Golf in der freien Natur oder an einer religionsphilosophischen Meditation. Mit diesen Eigenschaften und Anschauungen gewann er die Achtung des Unterhauses. Er hat dort weder Feinde noch intime Freunde, obwohl er seit dem Jahre 1874 parlamentarisch thätig ist.

Der neue Premierminister entstammt väterlicherseits einer schottischen bürgerlichen Familie. Seine Mutter war eine Schwester Lord Salisburys. Gleich den meisten englischen Politikern absolvierte er die aristokratische Mittelschule zu Eton und verbrachte seine Universitätsjahre in Cambridge. Kaum 26 Jahre alt trat er ins Parlament als Abgeordneter für Hertford und seit 1885 vertritt er den industriellen Wahlkreis Ost-Manchester. Anfangs etwas stürmisch, schloß er sich der Torydemokratie des Lords Randolph Churchill an, die sowohl den Konservativen wie den Liberalen viel zu schaffen machte. Die Rebellion nahm jedoch bald ein Ende. Um jene Zeit erhielt er den Ehrendoktor der Rechte von der Universität in Edinburg; ähnliche Titel erhielt er später von den Universitäten in Dublin, Glasgow, Cambridge und Oxford. In jene Sturm- und Drangperiode gehört auch sein Buch: „Eine Verteidigung des philosophischen Zweifels", das als irreligiös angegriffen wurde. Seine diplomatische Lehrzeit begann er als Mitglied der speciellen Gesandtschaft, die unter Führung Disraelis beim Abschluß des türkisch-russischen Krieges nach Berlin ging, um den Vertrag von St. Stefano im englischen Sinne umzuformen. Im selben Jahre wurde er Privatsekretär seines Onkels Lord Salisbury, der damals das Auswärtige Amt leitete. Sein erstes öffentliches Amt erhielt er im Jahre 1885, als er zum Präsidenten der Lokalregierung ernannt wurde. Von da an stieg er zu immer wichtigeren und verantwortungsvolleren Stellungen empor. Das Jahr 1887 brachte ihm die Würde des Generalsekretärs von Irland, die er von seinem Tory-Standpunkt aus mit großem Geschick bekleidete. An seinen Namen knüpfen sich einige der wichtigsten irischen Reformen. Zur selben Zeit war er Mitglied der Kommission über die Währungsfrage, in der er als parlamentarischer Vertreter eines Textildistrikts sich auf die Seite der Bimetallisten schlug. Seine Reden über ökonomische Fragen zeigen, daß er sich mit der ökonomischen Theorie vielfach beschäftigt hat. Ueberhaupt spricht er selten über Fragen, die er nicht vorher studiert hätte. Nur über Socialismus hat er ganz kuriose Ansichten. Ebenfalls über die moderne gewerkschaftliche Bewegung. Als erfolgreicher Generalsekretär für Irland wurde er in den Senat der Londoner Universität gewählt, ferner zum Mitglied der königlichen Gesellschaft, zum Lord Rektor der Glasgower Universität und zum Kanzler der Edinburger Universität. Im Jahre 1891 wurde er zum Führer des Unterhauses und Lord des Schatzes und behielt diesen schwierigen Posten vom Jahre 1895 bis jetzt. Im laufenden Jahre zeichnete er sich besonders aus bei den Debatten über die Beschränkung der parlamentarischen Freiheit, über den Kornzoll und über die Schulvorlage, drei reaktionäre Maßregeln, mit denen er sich identifizierte. Sein letztes philosophisches Werk: „Die Grundlagen des Glaubens" ist eine Rückkehr zur Theologie.

Diesem ungefährlichen Manne wurde Chamberlain geopfert, obwohl es gar nicht ausgeschlossen ist, daß Balfour in nicht allzu ferner Zeit die Pairswürde erhalten und in das Haus der Lords eintreten wird, um Chamberlain die Führerschaft im Unterhause zu überlassen. Der neue Premierminister wird so zur Bremse des enttäuschten Kolonialsekretärs werden. Wie es scheint, dürfte Chamberlains Laufbahn als abgeschlossen zu betrachten sein. Er ist 66 Jahre alt und sorgt jetzt mehr für das Fortkommen seiner Brüder als für die Befriedigung seines eignen Ehrgeizes. Die Regierung wird sich seine Loyalität zu erhalten suchen durch Beförderung seines Sohnes Austen Chamberlain, der bei der bevorstehenden Rekonstruktion des Kabinetts einen wichtigen Posten erhalten dürfte.

In der Aufopferung Joseph Chamberlains liegt die Bedeutung des Ministerwechsels. Denn der Ersatz Salisburys durch seinen Neffen wird nicht die geringste Wirkung auf die bisherige Politik ausüben. Ebensowenig wird der Rücktritt des Finanzsekretärs Sir Michael Hicks Beach irgend welche ernste Folgen nach sich ziehen. Der altfränkische und gut konservative Sir Michael war froh, eine Gelegenheit zu seinem Rückzug zu haben. Das Budget 1902/03, das er zu verteidigen hatte, entspricht nicht seiner Ueberzeugung. Auf die Widersprüche in seinen Etatsreden und auf deren geschichtliche Bedeutung wurde an dieser Stelle vor einigen Wochen aufmerksam gemacht. Aehnliche Meinungen kann man jetzt in allen politischen Kreisen hören. Der abtretende Finanzsekretär steht den neuen Tendenzen des socialen Lebens von England fremd gegenüber. Allein in England vollziehen sich socialpolitische Aenderungen nur langsam und stückweise. Anstatt durchgreifender Reformen giebt es unmerkliche Rekonstruktionen. Das Parlament geht am 8. August in die Ferien. Bis dahin werden wohl noch einige Kabinettsmitglieder ausgeschieden und durch neue ersetzt sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juli.

Von den Bundesaposteln.

Die „Deutsche Tageszeitung" hatte kürzlich die Betrachtungen jenes Voigtländer Exsocialdemokraten wiedergegeben, der allerdings starken Grund hat, „ernüchtert" zu sein. U. a. teilte das agrarische Blatt auch die Erzählung des „Ernüchterten" mit, wie ein ehedem thätiger Parteigenosse, als er erkrankt war, nicht ausreichend von der Partei unterstützt worden sein soll.

Ueber so viel Pharisäertum entrüstet, schreibt uns nun ein „ernüchterter" Wanderredner vom Bunde der Landwirte erbauliche Einzelheiten über den agitatorischen Geschäftsbetrieb der 7½ Mark-Zöllner:

Die Herren Großgrundbesitzer geben ja den Namen allergnädigst als Firma her, aber die eigentliche anstrengende, sogar aufreibende agitatorische Thätigkeit überlassen diese Herren natürlich andren Leuten, die wir als die Proletarier des Bundes bezeichnen möchten, während die bequemen und gut bezahlten Bureaustellen Ruheposten für bankrotte Grundbesitzer bilden. Wie verfährt der Bund aber gegen seine Proletarier? Bei der schlechten Lage von Industrie, Handel und Gewerbe werden eine große Menge körperlich und geistig tüchtiger Leute brotlos, und diesen Umstand machen sich die hochedlen satten Agrarier zu nutze. Sie treiben also nicht nicht nur Fleisch- und Brot-, sondern auch Lohnwucher, und zwar in folgender Weise: Im Spätsommer erscheint eine verlockende Annonce in dem sonst verachteten „Lokal-Anzeiger", der für den Gimpelfang die meisten Chancen bietet. Da für jede sich nur irgend bietende Aussicht auf eine anscheinend anständige Beschäftigung sich sofort Hunderte von Bewerbern finden, so hat der Bund es leicht, sich die ihm passenden Leute herauszusuchen. Diese werden dann im Herbst 5—6 Tage zurechtgestutzt, indem ihnen die bekannten Phrasen von der „Not der Bauern und des Mittelstandes", die beide von den bösen Socialdemokraten zu Grunde gerichtet werden sollen, vorgebetet werden so lange, bis sich die Neulinge zu der Höhe der agrarischen Auffassung aufgeschwungen haben, oder doch wenigstens „so thun". Und nun sind die Herren: „Wanderredner des Bundes der Landwirte" und werden auf die armen unschuldigen und wehrlosen Bauern als moderne Bauernfänger en gros losgelassen und werden von der Polizei nicht etwa festgenommen, sondern noch unterstützt. Damit die Herren aber nicht zu üppig werden, erhalten sie kein festes Gehalt, sondern nur einen Tagelohn von 6 M., wovon sie also mit Ausnahme der Fahrgelder, ihre ganzen Reisekosten und Lebensunterhalt, sowie den Unterhalt ihrer Familien, die sie für Monate in Berlin oder ihrer sonstigen Heimat zurücklassen müssen, zu bestreiten haben. Mit welcher Ueberzeugung diese bedauernswerten Wanderapostel, die bei schlechtesten Wegen und schlechtestem Wetter zu Fuß, teilweise sogar in unzureichender Kleidung, von einem Dorfe zum andern wandern (daher der Name) mit der Not und dem Hunger in der eignen Familie für Verteuerung von Brot und Fleisch eintreten, das läßt sich denken. Haben sich die Neulinge vier Wochen durchgehungert und haben sie nicht das „Unglück" gehabt, inzwischen schon rausgeschmissen zu sein, weil sie mit ihrem Hunger nicht den richtigen Brustton der Ueberzeugung zu treffen wußten, dann erhalten die Herren sogar 8 Mark und davon können sie, wie ihnen gesagt wird, in den drei bis vier Monaten ihrer Thätigkeit 500—600 Mark sparen. Haben die edlen Herrn v. Wangenheim und Genossen sich wohl schon einmal klar gemacht, wieviel sie selbst zum Leben brauchen?

Aber es kommt noch besser: Die Agrarier stellen diese Leute, welche ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen, den ganzen Bund aufrechthalten und ihre Gesundheit dabei zu Markte tragen müssen, nicht etwa fest an, sondern sie können jeden Tag ohne irgend welche Kündigung sofort entlassen worden. Am schlimmsten aber ergeht es diesen bemitleidenswerten „papiernen Tagelöhnern" sobald sie erkranken, dann können die Herren die ersten drei Tage ihrer Krankheit, wo die Krankenkasse nichts zahlt und der Bund auch nicht, von der Luft leben mit Frau und Kindern. Für die übrige Zeit der Krankheit können sie mit einem Krankengeld von 1,80 Mark zu Hause mit abgerissener Kleidung, hungrigem Magen und zerrütteter Gesundheit über die edlen Bestrebungen der Herren Agrarier zur Hebung des Mittelstandes und das teure Brot nachdenken. Das Fleisch kommt nicht für sie in Betracht, denn das können sie sich bei 1,80 M. täglichem Einkommen nicht leisten.

Zum Schluß giebt unser Gewährsmann den Bauern und den Mittelständlern, die von diesen armseligen Wanderrednern „belehrt" werden, den Rat, sie aufs Gewissen zu fragen, wie sie selbst von den „Edelsten der Nation" und deren erkorenen Vertretern behandelt werden und ob sie selbst an die Phrasen glauben, mit denen sie ihr Publikum füttern.

Ein ganz vortrefflicher Rat! —

Vom „Nationalfest".

Paris, 15. Juli. (Eig. Ber.) Die dritte Republik hat nach ihrem endgültigen Siege, 1880, den Tag des Bastillensturms zum Nationalfest proklamiert. Aber der Charakter, den dieses Fest angenommen, unterscheidet es ebenso gründlich von seinem weltgeschichtlichen Anlaß, wie die Herrschaft der niedergehenden Bourgeoisie sich vom Ansturm des revolutionären Bürgertums von 1789 unterscheidet.

In den ersten Jahren mag noch das Nationalfest durch seine Neuheit einen volkstümlichen Schwung besessen haben. Dann aber ist es rasch zu einer großen Kirmes herabgesunken. Die Schankwirte, die Restaurateure und die Wurstwarenhändler, die Straßenverkäufer von „nationalen" dreifarbigen Bouquetts, von dreifarbig beflaggten Kinderballons u. dgl., die Verkäufer von Fahnen, Papierlaternen und Kinderpetarden, alle kleinbürgerlich-proletarischen Existenzen, die auf den kleinsten Extra-Gewinn lauern, finden am 14. Juli ihre Rechnung. Die Arbeiter und Arbeiterinnen benutzen die unentgeltliche Tanzgelegenheit an den Straßenecken unter den ohrenzerreißenden Klängen wandernder Musik-Kapellen. Das ist alles, was das Nationalfest an „Volkstümlichkeit" aufweist.

Am schlimmsten aber ist der offizielle Höhe- und Mittelpunkt der Feier. Die Niederwerfung des Feudalismus wird durch die Verherrlichung des Militarismus gefeiert, durch eine Truppen-Parade auf dem Longchamps-Felde. Die wiederholten socialistischen Anträge auf Abschaffung der Parade wenigstens aus Rücksicht auf die Soldaten, die unnützerweise der Juli-Sonne ausgesetzt werden, wurden regelmäßig abgelehnt. Dieses Jahr beantragte der socialistische Abgeordnete Sembat, die Parade wenigstens auf die kühleren Morgenstunden zu verlegen. Auch das wurde vom Kriegsminister und der Kammer verweigert. Was Genosse Sembat auf Grund früherer Erfahrungen befürchtete, ist nun in erschrecklichem, noch nie dagewesenem Umfange eingetroffen. Offiziell werden über 200 militärische und 300 civile Opfer des Sonnenstichs zugestanden. Ein Unteroffizier ist bereits dem Sonnenstich erlegen.

Der socialistische Abgeordnete Gérault-Richard wird den Kriegsminister interpellieren über die „Notwendigkeit der Abschaffung der Truppenschau am 14. Juli". In der Interpellationsbegründung heißt es: „Da es für die erbarmungslosen Maulaffen und die Liebhaber von militärischen Paraden, die sich dabei anhochen lassen, dieser neuen und schmerzlichen Lehre bedurft hat, so haben die Bürger, Civile wie Soldaten, denen Menschenleben teuer sind, das Recht, sich die Frage vorzulegen, ob die traurigen Unfälle von gestern sich im nächsten Jahre wiederholen werden. . . ."

Einige Pariser ministeriell-socialistische Gruppen haben im Verein mit radikalen diesmal den Versuch gemacht, das politisch verdorrte Nationalfest aufzufrischen. Sie begaben sich im Zuge zum „Standbild der Republik" mit einem Blumenstrauß, dessen rote Bänder die Inschriften trugen: „Den Opfern der Thronnen", „Krieg dem Kriege", „Friede durch Recht", „Alles durch die Brüderlichkeit der Völker", „Hoch die universelle Republik!" Aber am „Platz der Republik" angelangt, stießen sie auf ein — starkes polizeiliches Aufgebot. Es erfolgten die üblichen brutalen Provokationen der „republikanischen" Polizei gegen die Eindringlinge, die sich herausgenommen haben, die militärisch-patriotische Nationalkirmes zu republikanisieren. Zwei Teilnehmer wurden am Arme verletzt. Die friedfertigen Manifestanten richten nun einen ministerfreundlichen Protest an den Ministerpräsidenten gegen die polizeilichen Brutalitäten. Sie „entheben" ausdrücklich den Regierungschef, der

zugleich der direkte Chef des Polizeipräfekten ist, jeder Verantwortlichkeit für die „willkürlichen Maßnahmen" seiner Untergebenen und „versichern die Regierung ihrer vollen Hingebung an die sociale Republik . . ."

Die Nationalisten hingegen durften, wie alljährlich, unbehelligt sich auf dem Concordienplatz breit machen, um dort wieder einmal nach einem bekannten französischen Spottwort „Elsaß-Lothringen zurückzuerobern". Letzteres geschieht alljährlich am 14. Juli durch die Bekränzung des Standbildes der Stadt Straßburg und entsprechende Hochrufe. Die Revanche-Kundgebung ist übrigens auch diesmal mißlungen, trotz der außergewöhnlichen Vorbereitungen, trotz des Beschlusses der nationalistischen Gemeinderats-Mehrheit, in corpore an der chauvinistischen Kundgebung teilzunehmen, um so gegen die neuliche Antirevanche-Rede von Jaurès zu protestieren. —

Der Armenierkongreß in Brüssel.

Man schreibt uns:

Der Kongreß der Freunde der armenischen Volkssache, der gestern und heute in Brüssel tagt, ist ein sogenannter außerparteilicher Kongreß. Es nehmen an ihm Angehörige von Parteien teil, die sich sonst ziemlich scharf gegenüberstehen. Es handelt sich da um ein Mindestmaß von Rechtsschutz und Lebensmöglichkeit für ein Volk, gegen das ein unerhört grausamer Ausrottungskrieg geführt wird, und das nicht in der Lage ist, sich selbst zu helfen. Die Lage der Armenier hat sich seit 1895/96, wo die unerhört blutigen, mehr als hunderttausend Opfer dahinraffenden Metzeleien die ganze civilisierte Welt in Aufregung versetzten, womöglich noch verschlimmert. Nicht das geringste ist geschehen, um die ungeheuerliche Willkürherrschaft und Ausbeutung zu mildern, denen das armenische Volk erliegt; der Widerstand des Sultans und seiner reaktionären Umgebung gegen diese Reform wird vielmehr durch die Freundschaften an verschiedenen europäischen Höfen, denen sich der „Beherrscher aller Gläubigen" rühmen kann, noch verstärkt. Rußland, das ehedem den wohlwollenden Freund der Armenier spielte, führt heute in den ihm gehörenden armenischen Landesteilen die Russifizierung oder vielmehr Entnationalisierung der Armenier mit derselben rücksichtslosen Brutalität (Unterdrückung von Schulen rc.) durch, wie die Russifizierung der Ostseeprovinzen, und Deutschland hält aus bekannten Gründen dem Sultan im internationalen „Konzert" die Stange.

Die Gleichgültigkeit der europäischen Kulturwelt gegenüber der armenischen Frage wird verstärkt durch die Vorurteile, welche hinsichtlich der Armenier in Europa verbreitet sind. Weil eine Anzahl Armenier in der Türkei Kaufleute und Geldhändler sind, wird die ganze Nation als eine Nation von Wucherern und Blutsaugern hingestellt. Thatsächlich handelt es sich in Türkisch-Armenien nicht um die paar Emporkömmlinge in den Städten, sondern um die große Masse schwerarbeitender Bauern, Handwerker, Tagelöhner, die sieben Achtel des armenischen Volkes bilden.

Was die Armenier verlangen, ist als Mindestmaß die Durchführung derjenigen Reformen, welche die Großmächte selbst 1895 der Türkei gegenüber als unerläßliches Erfordernis bezeichnet haben, sollen in den verwüsteten Landesteilen überhaupt erträgliche Zustände eintreten. Diese Reformen betreffen vor allem eine Vertretung des armenischen Elements in den Verwaltungsbehörden. Die armenische Reformpartei („Droschakisten") verlangt außerdem die Einsetzung eines einer neutralen europäischen Nationalität angehörenden Generalgouverneurs, der nur mit Zustimmung der Großmächte abgesetzt werden darf, sowie die Schaffung einer allgemeinen Landesvertretung der in Frage kommenden Distrikte. Außerdem wünscht diese Partei die Einsetzung einer ständigen europäischen Ueberwachungskommission.

Das sind gewiß gemäßigte Forderungen. Sie bedeuten keine „Veränderung der Landkarte", keinen Umsturz, keine Bevorzugung einer Religion oder eines Volksstammes, sondern nur den ersten Schritt, menschenwürdige Zustände in jenen unglücklichen Provinzen herbeizuführen.

Die deutsche Socialdemokratie ist in Brüssel offiziell nicht vertreten — die Meldung einiger Blätter, daß Bebel und Bernstein als Delegierte der Partei nach Brüssel gehen, beruhte auf einem Irrtum. — Aber was die Konferenz im Sinne der vorstehenden Ausführungen beschließt, ist der Sympathie der Socialdemokratie aller Länder sicher. —

* * *

Deutsches Reich.

Papierzölle.

Der Kampf um die Papierzölle beschäftigte Donnerstag die Zollkommission. Die Rücksichtslosigkeit und Rückständigkeit der Agrarier und Hochzöllner offenbarte sich in den, über die Tarifsätze bis zu 150 Proz. hinaus beantragten Zöllen. Daß dadurch die gesamte Buchdruckerei, speciell die Presse, schwer geschädigt wird, ist vielleicht von den Dunkelmännern im klerikalen Lager mit den Anträgen beabsichtigt.

Die Agrarier wollen natürlich mit diesen Zöllen die Holzpreise — im Interesse der größten Grundbesitzer und des Fiskus — künstlich steigern. Das muß um so unverfrorener erscheinen, als thatsächlich die Holzpreise in den letzten Jahren so gestiegen waren, daß sie, wie Abg. Gothein sagte, zu einer öffentlichen Kalamität geworden sind. Sehr unliebsam sind auch der Regierung die Anträge auf höhere Zölle als im Tarif angesetzt sind, denn sie bereiten ihr jedenfalls Schwierigkeiten bei handelspolitischen Verhandlungen. Vom Centrum sprach kein Abgeordneter zu den von ihm unterstützten Anträgen. —

Der „Irrtum" der Prager Polizei.

Wir hatten in einer Zuschrift aus Prag bereits mitgeteilt, daß es sich bei der Veröffentlichung des Prager Steckbriefes um kein Versehen handelt.

Wie nun das Prager socialdemokratische Blatt, das „Pravo Lidu" mitteilt, ist es jetzt schon sicher, daß die Veröffentlichung des „Steckbriefes" nicht etwa bloß einem „unliebsamen Zufall", wie man sich gern ausreden möchte, zuzuschreiben ist. Das „Pravo Lidu" nennt alle Beamten mit Namen, die an dieser Affaire ein Verschulden trifft. Es sind gerade die Beamten, die sonst in politischer Angelegenheit nicht genug an Schneidigkeit leisten können.

Der Text des Steckbriefes ist derart gefaßt, daß es ganz und gar ausgeschlossen ist, es könne auch nur einem der Beamten, die die Steckbriefe vorher gelesen haben, unklar gewesen sein, gegen wen er gerichtet ist. Die Korrespondenzkarte, die aus Podwolocznyska in Prag anlangte war anonym, sie war an den Prager Magistrat gerichtet und wurde von diesem der Polizeidirektion abgetreten. Die Karte war nicht, wie es ursprünglich hieß, in polnischer, sondern in deutscher Sprache abgefaßt, und es stand auch nicht Dr. Buelow darauf, sondern ganz deutlich Dr. Bülow, woraus erst durch einen Druckfehler des Setzers im „Polizei-Anzeiger" „Buelow" gemacht wurde.

Wenn man selbst das Unmögliche annehmen sollte, daß der Beamte, der die Karte zuerst erhielt, die Bedeutung der Karte nicht erkannt haben sollte, so muß doch darauf verwiesen werden, daß der „Steckbrief" durch die Hände einer ganzen Reihe von Beamten gehen mußte und **von allen diesen Beamten gelesen wurde.** Zuerst wurde der Brief im Einreichungsprotokoll des Magistrats gelesen, von wo er dem Referenten zugeteilt wurde. Dieser erkannte, daß der Magistrat nicht kompetent sei, und trat das Schreiben der Polizeidirektion ab. Hier mußte es auf dem üblichen Wege zuerst in das Präsidium. Dort wurde es revidiert und an das Expedit übergeben, wo man es in die Registratur eintrug und dann dem Chef des betreffenden Departements **abtrat,** nämlich dem Leiter der Sicherheitsabteilung, Polizeirat Olic. Dieser übertrug es seinem Adjutanten, dem Leiter des Polizeigefangenhauses **Adjunkten Bezirk, der dann erst auf Grund des anonymen privaten Schreibens den „Steckbrief" verfaßte.** Das Manuskript erhielt dann der Setzer, hierauf der Korrektor, worauf der Bürstenabzug wieder einem Polizeibeamten übergeben wurde. Das fertige Zeitungsblatt mußte dann dem Staatsanwalt Morstadt vorgelegt werden, der mit etwas Scharfsinn in Dr. Buelow den Dr. Bülow hätte erkennen können.

Und von allen diesen Personen, die das „Pravo Lidu" nennt, sollen keinem einzigen die Namen „Kaiser Wilhelm, Kaiser Friedrich, Bülow" aufgefallen sein! Von zehn akademisch gebildeten Beamten sollte kein einziger die Anspielungen auf die Marienburger Rede des deutschen Kaisers bemerkt haben?

Die Prager „Narodni Listy" melden: Der Berliner Hof hat sehr dringlich eine Aufklärung verlangt. Diese Aufklärungen mußten indes eine Verzögerung erleiden, da der deutsche Generalkonsul in Prag, Baron Seckendorf, auf Urlaub ist. Da aber das Verlangen nach Aufklärungen sehr kategorisch lautete, wurde ein Kurier mittels Extrazuges nach Berlin gesendet, der eine genaue Schilderung der ganzen Angelegenheit nach Berlin brachte. —

Eine Fälschung wirft die „Germania" entrüstet dem „Vorwärts" vor. Die „Fälschung" soll darin bestehen, daß der „Vorwärts" behauptet hatte, der Aachener Weihbischof habe die Unechtheit der Aachener Reliquien zugegeben, während er nur die Möglichkeit dieser Unechtheit konzediert habe. Die Silbenstecherei der „Germania" ist ebenso erheiternd wie ihr sittlicher Zorn. Für jeden Menschen von normalen Gehirnfunktionen hatte der Weihbischof damit die Echtheit der Reliquien preisgegeben, daß er die Möglichkeit ihrer Unechtheit zugab. Der Weihbischof erklärte rund heraus, daß die Echtheit der Gegenstände nicht zu beweisen sei; freilich gestattete er sich dann noch den Scherz, zu erklären, daß diejenigen, die die Unechtheit der Reliquien behaupteten, diese Unechtheit beweisen müßten. Als ob nicht die einfachste Ueberlegung tausend Vernunftgründe gegen die Echtheit der Reliquien aufmarschieren ließe. Wenn jemand einen Backzahn Alexanders des Großen zu besitzen behauptet, hat nach der Logik des Weihbischofs nur derjenige ein Recht, die Echtheit dieses denkwürdigen Objektes anzuzweifeln, der diese Unechtheit nachweist!

Ferner erklärt die „Germania", daß die ultramontane Presse niemals den kirchlich-religiösen Charakter der Reliquienverehrung preisgegeben habe. Die „Germania" glaubt also nicht darauf verzichten zu dürfen, daß die Vernunft und die gesunde Satire durch Strafgesetz-Paragraphen widerlegt werden. —

Der Gutsherr als Schulpatron. Für den kulturellen Segen der „Gutsbezirke" ist eine Verhandlung charakteristisch, die kürzlich vor dem Oppelner Bezirksausschuß stattfand. Die Regierung hatte den Neubau einer Schule und die Anstellung eines zweiten Lehrers in Jakobsdorf, Kreis Fallenberg (Oberschlesien), beschlossen. Zur Deckung der Kosten war je zur Hälfte die Gemeinde und der Gutsherr **Kammerherr Freiherr v. Thielmann** verpflichtet. Der Freiherr aber, einer der reichsten Magnaten der Gegend, erhob gegen den Beschluß Klage. Der Gutsbesitzer meinte, man könne das alte Schulhaus durch Ankauf des Nachbargrundstücks erweitern und dadurch die Kosten des Neubaues sparen. Das Gutachten des Kreisarztes bezeichnete das Projekt des Gutsherrn für eine unglückliche Anlage, da es **eingeengt** werde von **einer Dungstätte und von Abortanlagen.** Das materielle Interesse des Klägers, der eine Ersparnis erzielen wolle, könne nach Ansicht der Regierung gegenüber den die gesundheitlichen Verhältnisse würdigenden Anordnungen der Regierung nicht ausschlaggebend sein. Der Kläger bemerkte in einem Schriftsatze: **Das Vorhandensein von Dunggruben und Schweineställen sei in Dörfern heimisch.**

Der Kreisausschuß gab natürlich dem Kläger recht, der Bezirksausschuß aber wies die Klage ab.

So wird der reiche Gutsherr doch nicht sein Schulideal erreichen: daß die Kinder zwischen Dungstätten und Abort-Anlagen zu tüchtigen Arbeitern für den gnädigen Herrn herangebildet werden. —

Eine Grunwaldfeier im Dom zu Gnesen. Nicht nur in östreichisch Polen, sondern auch in Deutsch-Polen ist die Grunwald-Feier, der Tag der Niederlage der Deutschordensritter, festlich begangen worden. Und zwar waren es nicht nur private Veranstaltungen, sondern nach dem „Gnesener General-Anzeiger" fand sogar im Gnesener Dome ein feierlicher Dankgottesdienst statt. Das Hochamt celebrierte ein Domherr. Eine Prozession schloß sich an den Gottesdienst. Der „Lech" hatte die polnische Bevölkerung in einem längeren Artikel aufgefordert, sich an dieser Gedächtnisfeier recht zahlreich zu beteiligen. „Ein polnisches Bauernweib, während des Gottesdienstes über den Zweck desselben befragt, antwortete, wie erzählt wird: Die Messe wird heute zur Ehre und Verherrlichung des polnisch-katholischen Glaubens abgehalten, weil ein polnischer König die Deutschen besiegt hatte."

Unsre Hakatisten und Granitbeißer sind natürlich völlig aus dem Häuschen über diese kirchliche Feier, und verlangen, daß „energische Schritte" gegen die „schuldigen Geistlichen" unternommen werden. Warum sollte man nach den Volksschülern, Gymnasiasten und Töchterschülerinnen nicht auch ein wenig mit dem Klerus anbinden? Freilich würde dies Vergnügen weniger harmlos sein und erst recht den national-polnischen Fanatismus sowohl der polnischen Geistlichkeit wie der katholischen Bevölkerung entfesseln. Was man auch beginnen möge, der polnischen Bewegung wird jeder Schritt der Regierung nur zum Vorteil ausschlagen.

Ein gelindes Urteil gegen einen Soldatenpeiniger. Unserem Halleschen Bruderorgan entnehmen wir folgende Einzelheiten über eine Kriegsgerichtsverhandlung der 8. Division, wider den Unteroffizier Felgentreff, bei der man, wie das Blatt bemerkt, interessante Studien über das Abhängigkeitsverhältnis der „Gemeinen" von den Unteroffizieren habe machen können.

Der Angeklagte wurde der vorschriftswidrigen Behandlung seiner Untergebenen und der versuchten Abhaltung von einer Beschwerde beschuldigt. Als der Musketier Möbes im Sommer v. J. in der Friedrichs-Kaserne wegen eines Ohrenleidens im Lazarett lag, äußerte er dem Arzte gegenüber, daß er von seinem Korporalschaftsführer, dem Angeklagten, einmal mit einer schwarzen Tuchhose um den Kopf geschlagen worden sei, wodurch er glaubte, sich das Ohrenleiden zugezogen zu haben. Darauf angestellte Ermittelungen in der Korporalschaft des Angeklagten ergaben, daß der Unteroffizier nicht bloß Möbes, sondern auch den Musketier Rolle mit den Hosen um die Ohren geschlagen und daß Rolle am Kopfe eine Wunde davongetragen hatte, die ihm mit der Hosenschnalle zugefügt war. Die Verletzung mit der Schnalle wurde dem Angeklagten aber nicht zur Last gelegt, da diese **eine nicht beabsichtigte Folge-Erscheinung des Schlages gewesen sei.** Daß das Ohrenleiden von dem Schlage herrühre, wurde von dem Arzt als nicht erwiesen angesehen, da Möbes schon vorher ohrenleidend gewesen sein könne. Möbes hatte aber in Abrede gestellt, vor dem Schlag ein derartiges Leiden verspürt zu haben. Bei der Voruntersuchung stellten sich aber eine ganze Menge andrer Dinge heraus, die darauf hindeuteten, daß der Unteroffizier mit seinen Untergebenen nicht nach „Knigges Umgang mit Menschen" verfahren war. So hatte er einen Soldaten auf die Zehen getreten, den andern in den Schenkel gekniffen, daß ein blauer Fleck entstand, einem den Helm auf den Kopf gestaucht, einen, wie man sich auszudrücken beliebte, gegen das Spind „gerammelt", mehrere geschubbt, einem eine Ohrfeige gegeben rc. Die Zeugen hatten in der Voruntersuchung ganz bestimmte Angaben gemacht, schränkten diese aber heute, wo sie dem Unteroffizier Auge in Auge gegenüberstanden, ganz bedeutend ein. Der Anklagevertreter und der Vorsitzende hatten schwere Not, nur einen Teil dessen herauszubekommen, was früher gesagt worden war.

Der Anklagevertreter beantragte eine Gesamtstrafe von drei Wochen mittlerem Arrest. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in zehn Fällen zu drei Wochen gelindem Arrest und sprach ihn von der versuchten Abhaltung von der Beschwerdeführung frei, da er den Möbes nur gebeten hatte, die Sache nicht zu melden. Eine Bitte sei kein widerrechtliches Mittel. —

Von den Pflichten des Polizeibeamten. Ein Polizeisergeant in Weitmar war von seinem Vorgesetzten aufgefordert worden, ein Kind nach dem Armenhause zu tragen, das eine polnische Arbeiterfrau, die sich in hochgradig erregtem Zustande im Meldebureau über die Steuern beschwerte, dem Amtmann vor die Füße gelegt hatte. Die Mutter war schreiend davongerannt. Der Polizeibeamte weigerte sich, das Kind auf dem Arm durch den Ort zu tragen, da er kein Kindermädchen sei. Er wollte es durch sein Dienstmädchen holen und fortragen lassen. Der Amtmann gestattete ihm darauf, das Kind nur bis zu seiner nahegelegenen Wohnung zu tragen und es dort dem Dienstmädchen zu übergeben. Aber auch das verweigerte der Mann in der Annahme, daß sein Ansehen als Polizeibeamter darunter leiden würde, wenn er das hilflose halbnackte Kindchen durch die Menschenmasse auf der Straße trage. — Der Beamte erhielt wegen Gehorsamsverweigerung eine Disciplinar-Ordnungsstrafe von 9 Mark. Nach vergeblichen Beschwerden beim Landrat und Regierungspräsidenten klagte er beim Ober-Verwaltungsgericht, das die Geldstrafe in die Strafe einer Verwarnung umwandelte und zur Begründung ausführte: Jeder Polizeibeamte sei dem Vorgesetzten gegenüber zum Gehorsam verpflichtet, soweit ihm nicht Aufträge erteilt würden, die gegen Verbotsgesetze verstießen. Davon sei hier nicht die Rede. Auch etwas sonst Unberechtigtes sei vom Kläger nicht verlangt worden. Allerdings stehe in der Dienstinstruktion, den Beamten seien keine Arbeiten zuzumuten, die sein Ansehen schädigen könnten. Dadurch werde aber nicht der Beamte selber zum Richter darüber aufgerufen, was sein Ansehen schädige und was nicht. Er müsse, wenn nur die Schädigung des Ansehens in Frage komme, den Befehl ausführen und könne sich dann bei der höherstehenden Behörde beschweren. Im übrigen habe sich die Forderung des Amtmanns offenbar im Pflichtenkreise des Polizeibeamten gehalten. Das Kind habe sich im hilflosen Zustande befunden und habe im Meldeamt nicht bleiben können. Zu den Pflichten der Polizei gehöre es aber, hilflosen Personen die erforderliche Hilfe angedeihen zu lassen. Hätte der Kläger das Kind hilflos auf der Straße gefunden, dann hätte er es ja ohne weiteres mitnehmen müssen. Eine noch peinlichere Situation sei es, wenn sich ein Polizeibeamter eines Betrunkenen annehmen müsse, der sich vielleicht im Schmutze gewälzt habe. — Da Kläger noch nicht bestraft sei, sich nicht in der Form vergangen habe und sein Verhalten nur auf eine falsche Annahme zurückzuführen sei, so genüge eine Verwarnung.

Zur Lage in Bayern.

München, 16. Juli. (Eig. Ber.)

Bei den heftigen Auslassungen der Centrumspresse gegen die derzeitige Regierung ist es aufgefallen, daß sich einige besonders scharfe Bemerkungen gegen den Minister des Innern richteten. Ein ultramontanes Blatt meinte, im Vergleich zu Herrn v. Feilitzsch sei Dr. v. Landmann „eine wahre Lichtgestalt". Wie man hört, besteht jetzt bei den Centrumsführern eine ganz besondere Erbitterung gegen Feilitzsch. Man will ihm auf die Spur gekommen sein, daß er an der Entwickelung der Dinge gar nicht so unschuldig sei, wie er sich immer stelle; er soll vielmehr gerade bei der Affaire Landmann eine ganz besondere Thätigkeit entwickelt haben, die dem Centrum durchaus nicht gefällt. Auch ist es bekannt, daß er ein Gegner des Schuldotations-Gesetzes war. Da sich das Centrum nicht für berechtigt hält, das Budget abzulehnen, so will man der Regierung jetzt dadurch das Mißtrauen ausdrücken, daß man bei dem einzigen noch zu erledigenden Etat, dem Kultus-Etat, größere Positionen abstreicht. Dieser Taktik ist gestern im Finanzausschuß unter andrem ein Posten von 100 000 Mark zum Opfer gefallen, wofür in den Münchener Kunstausstellungen alljährlich Kunstwerke angekauft wurden. Mit solchen Mitteln hoffe man in Centrumskreisen bis zum nächsten Landtage, der im Jahre 1908 zusammentritt, das Ministerium Crailsheim-Riedel-Feilitzsch hinwegekeln zu können. In der Centrumsfraktion selbst giebt es aber Leute, die nicht darum glauben, daß diese geniale Taktik konsequent durchgeführt wird. Unser Münchener Partei-Organ erhält darüber eine authentische Mitteilung, die sie unter der Spitzmarke: „Die Politik der Wut" giebt:

„Ein Interessent eines medizinischen Instituts, für das im Kultus-Etat eine Neubauforderung vorgesehen ist, erkundigte sich gestern bei einem der akademisch gebildeten Mitglieder des Centrums nach den Aussichten des Postulats. Ihm wurde die Antwort: Das Centrum wird beim Kultus-Etat jetzt so lange alles ablehnen, bis ein ihm genehmer Minister da ist. Der Referent Dr. Schädler ist zur Zeit äußerst erregt und er will der Regierung die Macht des Centrums fühlen lassen. Kommen Sie über acht Tage wieder, dann hat sich vielleicht die Erregung Schädlers etwas gelegt und es läßt sich vielleicht etwas machen . . .!"

Reichsländische Fabrikinspektions-Berichte. Aus Straßburg wird uns geschrieben: Nach den dieser Tage erschienenen Berichten der reichsländischen Fabrikinspektion für das Jahr 190[illegible] besteht das Personal der Gewerbeaufsicht aus vier Beamten, davon zwei für den Bezirk Oberelsaß (Sitz in Colmar und Mülhausen) und je einer für Unterelsaß (Straßburg) und Lothringen (Metz), ferner aus drei Assistenten, von denen einer dem Aufsichtsbeamten für Lothringen, die übrigen zwei dem für Unterelsaß beigegeben sind. Außerdem sind in der Stadt Straßburg vier, in den Städten Hagenau, Colmar, Gebweiler, Markirch, Mülhausen, Metz und Saargemünd je ein technischer Beamter des städtischen Bauamts zu Assistenten der Gewerbeaufsichts-Behörden in Bezug auf den Arbeiterschutz bei der Ausführung von Bauten bestellt. Die Gesamtzahl der in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen einschließlich Bergbau und unterirdischen Brüchen Beschäftigten beläuft sich im Reichsland auf 187 433. Rechnet man zu diesen Erwerbsthätigen die nicht beschäftigten Frauen und Kinder hinzu, so ergiebt sich bei einer Bevölkerung von rund 1 700 000 Seelen ein Prozentsatz von industrieller Arbeiterschaft, nach dem Elsaß-Lothringen in erster Linie als Industrieland anzusehen ist. Die Stellung desselben gegenüber den Getreidezöllen ergiebt sich daraus von selbst.

Die wirtschaftliche Depression hat sich nach den Berichten in erster Linie im Baugewerbe, dann aber auch in der oberelsässischen Textilindustrie und in den Hüttenwerken Lothringens bemerkbar gemacht. Die erstere suchte sich durch Einlegung von einem oder mehreren Feierlagen über die schlimmste Situation hinwegzuhelfen, war aber trotzdem auch zu erheblichen Arbeiterentlassungen genötigt. In den lothringischen Hüttenwerken nahmen diese zum Teil einen sehr großen Umfang an. Von allgemeinem Interesse sind auch die Mitteilungen des unterelsässischen Aufsichtsbeamten über die Handhabung der im § 122 der Reichs-Gewerbe-Ordnung enthaltenen Kündigungsbestimmungen. Unter dem Eindruck der üblen Erfahrungen, die mit demselben gemacht wurden, gehen große und kleinere Gewerbetreibende immer mehr zum fristlosen Kündigungsrechte über. Die Bestimmungen über das Strafrecht des Arbeitgebers, wie sie der § 134 b der Gewerbeordnung vorsieht, werden nach den Mitteilungen des Berichtes in Orten, wo Ersatz für entlassene Arbeiter leicht zu beschaffen ist, nicht gern in die Arbeitsordnung aufgenommen; kündigungslose Entlassung sei das angenehme und daher lieber angewandte Mittel, um die Ordnung

aufrecht zu erhalten. Auf diese Weise, meint der Bericht, werde die erzieherische Absicht des Gesetzgebers allerdings vereitelt, zumeist wohl, weil man sich derselben nicht bewußt sei.

Die Zahl der Betriebsunfälle hat auch im Berichtsjahr gegenüber 1901 wieder nicht unbeträchtlich zugenommen. Es gelangten insgesamt 4560 Unfälle zur Anzeige, darunter 53 mit unmittelbar tödlichem Ausgange. Als gefährlichste Betriebe haben sich auch diesmal wieder die Eisenhütten Lothringens erwiesen, denen 1707 von den gesamten 2017 Unfällen und 17 von den 20 Todesfällen des ganzen Bezirks zur Last liegen. —

Oestreich-Ungarn.

Neue Ausgleichsverhandlungen.

— st. — Wien, 14. Juli. Der so arg verfahrene Ausgleichskarren biegt nun plötzlich ins Geleise ein. „Der König hat's gesagt" — das sich nämlich die Regierungen verständigen müssen, und sofort stumpfen sich die Gegensätze ab; der Konflikt, der unvermeidlich schien, ist sogleich beigelegt. Herr v. Szell ist mit den Ministern Lang und Daranyi nach Wien gekommen, und diese Reise hat einen vollständigen Umschwung der Situation herbeigeführt. Die Besprechung der Ministerpräsidenten ebnete nämlich den Weg zu sachlichen Auseinandersetzungen, wo es sich doch nur mehr um Quantitätsunterschiede handelt. Die Beratung sämtlicher an der Ausgleichsmaterie interessierten Minister hatte das Ergebnis, daß der Termin für die dritte Lesung des Zolltarif-Entwurfes — die dritte Lesung natürlich in der Beratung der Referenten — festgestellt wurde; sie wird am 23. Juli beginnen. Nachdem werden die andren Ausgleichspunkte gemäß der Instruktion der Referenten im Detail beraten und einer nächsten Ministerbesprechung ist die endgültige Beschlußfassung vorbehalten. Einer der wichtigsten Streitpunkte ist die Veterinär-Konvention; Oestreich erhob den Anspruch, das ungarische Vieh an der Grenze durch eigne Organe beaufsichtigen zu lassen. Ob und inwieweit die Ungarn auf ihre Forderung nach Rohstoffzöllen verzichtet haben und in welcher Form sie Herrn v. Koerber die geforderte „Garantie" geben wollen, daß sie die Ausgleichsverträge „loyal" halten werden, ist natürlich nicht bekannt; es scheint nur soviel erreicht worden zu sein, daß Ungarn die Forderungen nicht als eine absolute Bedingung erachtet.

Die Wahrscheinlichkeit, daß es zwischen den Regierungen zu einer Vereinbarung kommen werde, ist nunmehr unzweifelhaft gestiegen; die Wahrscheinlichkeit, daß der Ausgleich: Zoll- und Handelsbündnis und Zolltarif-Entwurf, bis Ende des Jahres in beiden Parlamenten fertig sein wird, ist aber trotzdem recht gering. —

Frankreich.

Vom klerikalen Krieg. Der „Gaulois" veröffentlicht einen an den Ministerpräsidenten Combes gerichteten, von Cochin, Baron de Mackau, Graf de Mun, Gayraud und andren Deputierten der Opposition unterzeichneten Brief, in welchem sehr heftig gegen die Schließung der privaten Unterrichtsanstalten protestiert wird. —

Italien.

Blutige Scenen gab es vor kurzem in Orte, einem Landstädtchen von etwa 6000 Einwohnern in der Nähe Roms, gelegentlich der Gemeinderatswahlen. Dort ist es den Socialdemokraten unter der Leitung des Dr. Fabi gelungen, eine Konsumgenossenschaft zu gründen und in hohe Blüte zu bringen. Mit derselben sind verbunden eine Müllerei, Bäckerei, Schuhfabrik und Apotheke. Die Kleinkrämer und Kleingewerbetreibenden der Stadt sowie die Reaktionäre aller Art sind wütend auf die Socialisten und suchten längst gegen dieselben vorzugehen. Die Gelegenheit bot sich am Tage der Wahlen. 50 jugendliche Manifestanten zogen vor das Rathaus und warfen etliche Steine nach den Fenstern. Das war das Signal für die 65 Gendarmen, die hier im Hause postiert waren, sofort zum Angriff überzugehen und zu schießen. Die Hälfte der Manifestanten wurde zu Boden gestreckt, die andern verhaftet. Fabi, der sich unter den Manifestanten nicht befunden hatte, wurde ebenfalls verhaftet. Der Deputierte Bissolati, Chefredakteur des „Avanti", begab sich nach Orte, um Untersuchungen über die Vorgänge anzustellen; jedenfalls wird die Angelegenheit noch Gegenstand einer Interpellation in der Kammer sein. —

Ciccotti wiedergewählt. Der socialistische Abgeordnete für Neapel, Professor Ciccotti, hatte, wie wir seiner Zeit mitgeteilt haben, infolge des Ausgangs der Kommunalwahlen in Neapel, die bekanntlich mit einem vollständigen Siege der Camorra endeten, sein Mandat niedergelegt. Bei der Neuwahl, die am Sonntag stattfand, wurde Ciccotti mit 1076 Stimmen gegen Magliani, der 895 Stimmen erhielt, wiedergewählt. —

Amerika.

Ausweisung der Mönchsorden auf den Philippinen. Präsident Roosevelt notifizierte, nach einer New Yorker Meldung der Exchange Telegram Company, am Sonnabend dem Papst, diejenigen Mönchsorden, gegen welche Amerika Einwendungen erhebe, müßten von den Philippinen-Inseln abberufen werden. Am Dienstag traf eine ablehnende Antwort des Papstes auf diese Forderung ein. Präsident Roosevelt ließ hierauf am Mittwoch dem Vatikan die Mitteilung zugehen, falls nicht die Abberufung der Mönche erfolge, würden sie als lästig von der Inselgruppe ausgewiesen werden.

---

85. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 17. Juli.

Von den vom Abschnitt D noch zu erledigenden Positionen erregt nur 648, die Steinnußknöpfe einschließt, lebhafteres Interesse, da der Zoll von 30 auf 150 M. erhöht werden soll.

Unterstaatssekretär v. Fischer begründet den Tarifsatz, da „die schriftliche Begründung in Verstoß geraten" und in den gedruckten Motiven darum nichts enthalten sei. Die amerikanische, östreichische und italienische Konkurrenz sei zu drückend geworden, die deutsche Fabrikation wünsche die Erhöhung.

Gothein beantragt für Steinnußknöpfe 36 M. statt 150 M.; die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Pfannkuch tritt für Zollfreiheit, **Müller**-Sagan für den Gotheinschen Antrag ein.

Arendt wünscht einen noch höheren Zoll.

Die Positionen 643, anderweit nicht genannte pflanzliche Schnitzstoffe — 3 M., die mit 648 zur Beratung verbunden war, wird wie letztere nach der Vorlage angenommen; der exorbitant hohe Zoll auf Steinnußknöpfe ist also beschlossen.

Zu 644, Stuhlrohr, zum unmittelbaren Gebrauch — 3 M.; gebeizt, gefärbt, gerissen — 6 M.; gefirnißt, lackiert, poliert — 10 M., beantragt Gothein Zollfreiheit für erstere Position, während er für gehobelten Bast 3 M., für die letzten beiden Unterpositionen je 10 M. Zoll verlangt.

Pfannkuch tritt für Zollfreiheit ein, die Gründe Gotheins sprächen für dieselbe; die Rohrflechtindustrie wäre durch den Zoll auf Rohr arg geschädigt.

Geheimrat **Blau** erklärt, die jetzige Einteilung im Tarif sei auf Anraten im Wirtschaftlichen Ausschuß geschehen.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Position 647 — Perlen aus andren pflanzlichen Schnitzstoffen als Holz und Kork — 40 M.

Jubeil vertritt den Antrag auf Zollfreiheit.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Position 649, Bildhauer-, Bildschnitzer- und Formerarbeiten aus Stärke, Bassorin, Traganthgummi, Brot 2c. 40 M., wird, nachdem **Jubeil** für Zollfreiheit eingetreten ist, nach der Vorlage angenommen.

650, Vulkanfiber und Gegenstände daraus 10 M.

Stadthagen tritt für Zollfreiheit ein. In neuerer Zeit werde Vulkanfiber für die Isolierung in elektrischen Anlagen gebraucht. Der Stoff sei schwer zu unterscheiden von künstlichem Leder und Pappe, bereite also zolltechnische Schwierigkeiten. Als Rohstoff werde Vulkanfiber in Deutschland benötigt, die den Stoff verarbeitenden Industrien würden durch den Zoll geschädigt. Die Ausfuhr von Waren überwiege weit die Einfuhr, Zollschutz sei also überflüssig.

Auf Antrag Stadthagen und Gothein wird diese Position an dieser Stelle gestrichen und soll bei Position 654 mit beraten werden.

Position 651, Waren aus formbarer (plastischer) Kohle oder aus Gaskohle, von 3 Kilogramm und darüber 3 M., unter 3 Kilo — 30 M.

Jubeil tritt für Zollfreiheit, Geheimrat **Blau** für die Vorlage ein.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen, ebenso die Anmerkung dazu.

* * *

Papierzölle.

11. Abschnitt.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird gegen den Einspruch Gotheins und Stadthagens beschlossen, die Positionen 652 bis 658 zur Beratung zu verbinden.

Pos. 652, Halbzeug zur Papier- und Pappenbereitung, aus Abfällen von Gespinstwaren oder dergl. — frei; 653, aus Holz, Stroh, Espartogras: Holzmasse (Holzschliff) 1,25 M.; chemisch bereiteter Holzstoff — 1,25 M.; 654, Pappen: Glanzpappe, Kunstlederpappe 2c. — 6 M.; grobe Pappen — 1,50 M.; Stroh-, Torf-, Steinpappe — 1,50 M.; 655, Pappen aller Art, weiß oder farbig gestrichen, beklebt, lackiert, bronziert 2c., Malerpappe — 10 M.; 656, gelbes Strohpapier, ganz grobes graues Löschpapier — 1,50 M.; 657, gemeines Packpapier — 4 M.; 658, Papiere, nicht unter andre Nummern fallend — 10 M.

Die Socialdemokraten beantragen für alle Positionen Zollfreiheit.

Gothein beantragt für 653/54 je 1 M.; 656 — 1 M.; ferner für Nr. 657 andres einfaches weißes oder nur naturfarbenes Papier jeder Art, welches bei Anwendung von Di-Lösung eine dunkle Färbung giebt, 4 M., andres einfaches Papier jeder Art, auch liniiert, pergamentiert oder gekörnt, welches bei Anwendung von Di-Lösung keine oder nur eine schwache Färbung giebt, 7 M.; im Falle der Ablehnung dieser Fassung der Nr. 657 folgende Fassung zu geben: Nr 657 andres einfaches weißes oder nur in der Masse gefärbtes Papier in Rollen von mindestens 1 Meter Umfang, 4 M., alles übrige weiße oder nur in Masse gefärbte einfache Papier 7 M., Nr. 658 Kartonpapier, a 100 Bogen mindestens 45 Millimeter hoch, auch mit Farbe überzogen 4 M., andres 7 M., Photographiekarten aus Kartonpapier, 100 Karten mindestens 45 Millimeter hoch, unbedruckt oder bedruckt oder geprägt, mit oder ohne Goldkante 15 M.

Horn-Goslar, Arendt, Gäbel, Herold, Klose, Lurz, Schmidt-Warburg, Speck, Wallenborn, Will beantragen: Nr. 653. Aus Holz, Stroh, Espartogras oder andren Pflanzenfasern: Holzmasse (mechanisch bereiteter Holzstoff, Holzschliff) 3 M., chemisch bereiteter Holzstoff (Zellstoff, Cellulose), Stroh-, Esparto- und andrer Faserstoff 3 M. Nr. 654 (zweiter Absatz): Pappen aus mechanisch oder chemisch bereitetem Holzstoff, auch aus solchem von gedämpftem Holz, fest gewalzt (Braunholzpappe, sogenannte Lederpappe), Stroh-, Schrenz- und Torfpappe und anderweit nicht genannte grobe Pappen, auch in der Masse gefärbt 4 M., Pappen mit Asphalt, Teer oder dergleichen überzogen, getränkt oder bestrichen, sowie Röhren aus solcher Pappe, Steinpappe 1,50 M. Nr. 656. Gelbes Strohpapier; ganz grobes graues Löschpapier 4 M.

Dr. Müller-Sagan beantragt: Nr. 653 1 M., Nr. 654 6 M., 1,25 M. Nr. 657. Packpapier, ungeglättet frei, geglättet 1,50 M. Nr. 658. Papier, nicht unter andre Tarifnummern fallend 2c.: holzschliffhaltig 3 M., holzschlifffrei 6 M.

Es liegen eine große Anzahl Petitionen zu diesen Positionen vor.

Müller-Sagan tritt für den alten Zoll ein, der sowieso schon eine starke Belastung bedeute. Die Erhöhung des Zolles auf 653 sei durch nichts gerechtfertigt. Die Emballagen verteuern, heiße den ganzen Handel und die ganze Industrie schädigen. Handelspolitische Erwägungen kämen für die Erhöhungen nicht in Betracht.

Gothein moniert, wie fehlerhaft es sei, diese Reihe Positionen zur Beratung zusammenzufassen. Es handle sich hier um eine der wichtigsten Industrien. Sie benötige Holzstoff aus dem Auslande. (Widerspruch.) Die Regierung könne die widersprechenden Abgeordneten aufklären. (Graf Kanitz: Es handelt sich um den Preis!) Redner erwidert darauf, die Holzpreise seien bis zum Vorjahre so hoch gestiegen, daß sie geradezu zur öffentlichen Kalamität geworden waren. (**Horn**-Goslar: Sie sind gesunken!) Redner bestreitet dies und verbreitet sich über die Papierfabrikation und ihre Entwicklung. Der Zoll müsse zur Ueberproduktion mit all' ihren unliebsamen Folgen führen. Schließlich würden die Kartelle die Produktion wieder einengen und die Papierpreise wieder vereinbaren müssen. Die Einfuhr von Pappwaren aus Amerika sei verschwindend im Wert gegenüber unsrer Ausfuhr an Papierwaren nach Amerika. Der Zoll werde nur verstimmend wirken. Die Buchdruckindustrie müsse insofern leiden, als man ihr das Rohmaterial verteuere und so geradezu die Industrie ins Ausland treibe, weil man ihr den Absatz dahier erschwere. Wieder zeigt sich hier, wie im ganzen Tarif der Fehler, Halbfabrikate zu verteuern und dadurch werde die Industrie, die Ganzfabrikate schaffe, geschädigt. Und so lange Abg. Spahn seine Schublade nicht öffne und sein Allheilmittel gegen Kartelle nicht ausliefere, glaube er nicht an dieses Heilmittel, sondern werde immer auf die Gefahr der Kartellbildung hinweisen, die durch die Zollpolitik erhöht werde.

Horn-Goslar: Das Ausland könne Holzstoff und Cellulose billiger fabrizieren als Deutschland, darum seien höhere Zölle gerechtfertigt. Redner schildert die Konkurrenz des Auslandes als eine äußerst gefährliche. Für die Cellulose-Industrie könne der deutsche Wald den Bedarf nicht decken, aber für die Holzstoff-Industrie. Um den Bedarf auf einheimische Produkte hinzulenken, habe er mit den übrigen Unterzeichnern seinen Antrag auf Erhöhung der Zölle gestellt.

Graf **Posadowsky** sagt, er habe gestern schon erklärt, daß er die deutsche Waldkultur heben wolle. Aber die Holzschliff-Industrie habe 74 Prozent deutsches und nur 26 Prozent ausländisches Holz verarbeitet für Holzstoff, für Cellulose 78,73 Prozent deutsches und 21,27 Prozent ausländisches Holz. Man wolle die Zölle auf 10 Jahre festlegen, müsse also vorsichtig verfahren. Die Einfuhrstatistik zeige große Schwankungen, die in den jeweiligen Verhältnissen, sogar in den Witterungsverhältnissen begründet seien. Aber es scheine, die Einfuhr sei gesunken. Redner ersucht, die über die Vorlage hinaus beantragten Zölle abzulehnen.

Molkenbuhr: Die Zahlen der Ausfuhrstatistik reden eine so deutliche Sprache, daß man von einem Zoll absehen müsse, wenn die so wichtige und aufblühende Papierindustrie Deutschlands nicht geschädigt werden solle. Der deutschen Waldkultur nütze es nichts, wenn man durch künstliche Verteuerung des Holzes dazu dränge, minderwertiges Holz für Holzschleifereien anzubauen, statt wertvolleres zu höheren Zwecken. Der Rohstoffzoll wirke für alle beteiligten Industrien, die Papierfabrikation, die Buchdruckerei, die Buchbinderei, Cartonnagenfabrikation 2c. unheilvoll. Die Wasserkräfte unsres Landes reichten kaum aus, der Holzstoffindustrie dienstbar gemacht werden zu können, wir müssen uns darum schon die ausländische Wasserkraft durch Bezug von Holzstoff 2c. zu nutze machen. Amerika zahle ja auch höhere Arbeitslöhne als Deutschland. Die Papierfabrikanten verstehen es, auch ohne höheren Zoll hohe Papierpreise den Konsumenten aufzulegen, das beweist die berüchtigte Preistreiberei des Papierkartells. Die Hilfsstoffe für die Papierfabrikation — Soda, Chlorkalk — seien im Preise gesunken, der Zoll sei auch herabgesetzt worden, das bedeute große Vorteile, die jeden Zoll als überflüssig erscheinen lassen. Treibe man den Preis des Papiers durch den Zoll in die Höhe, mache das bei einem Pfennig mehr für das Kilo für eine Zeitung, wie z. B. das „Hamburger Echo" eine Mehrausgabe von jährlich 24 000 M. Die Presse wird also ungehener geschädigt. Redner vergleicht dann die Ein- und Ausfuhrziffern für eine Reihe von Papierprodukten. Das ganze Kapitel weist eine starke Ueberwiegung der Ausfuhr auf. Auch der Kleinhandel, der Mittelstand, werde empfindlich geschädigt. Mit dem Zoll steigere man die Preise im Inlande und erleichtere damit dem deutschen Fabrikanten die Schleuderkonkurrenz im Auslande, wohin sie billiger als am einheimischen Markt verkaufen werden. Der Zoll bedeute eine Zerschlagung und Zerstörung der deutschen Papierindustrie.

Handelsminister **Möller**: Diese Abteilung des Tarifs gehöre zu den bestrittensten; die Regierung sei darum sehr vorsichtig mit der Abmessung der Zölle vorgegangen. Gegenüber der Holzschliffindustrie kommen die Interessen andrer verwandter Industrien in Betracht. Für Papier- und Papierwaren sei Deutschland vorwiegend ein exportierendes Land. Die Industrie habe eine große Entwicklung aufzuweisen. Gegenüber den in der Holzstoff-Fabrikation beschäftigten 20 000 Arbeitern stehen Hunderttausende von Arbeitern der verwandten Industrien. Die Regierung könne nicht endgültig Stellung nehmen, bevor nicht das Plenum gesprochen habe. Einzelne Sätze dieses Abschnitts seien auch handelspolitisch zu verwerten.

Geheimrat **Rodatz** wendet sich gegen die Anträge auf Erhöhung der Tarifsätze.

Hasse bedauert ebenfalls, daß eine so große Reihe von Positionen zur Beratung zusammengefaßt worden ist. Der Zoll wirke nicht mehr so schützend wie früher, der Satz von 1,25 M. komme dem früheren von 1 M. gleich.

Graf **Kanitz** spricht für höhere Zölle und meint, wenn immer gesagt werde, die Druckerei belästigen, heißt der Bildung Hemmnisse bereiten, so sage er, nicht immer wirke das bildend, was gedruckt werde, oft wirke es verbildend. (Ironische Zustimmung.)

Zu den Positionen 652 und 653 werden die Anträge Horn und Genossen angenommen, ebenso zu 654. 655 wird nach der Vorlage angenommen. Zu 656 wird der Antrag Horn und Genossen angenommen. 657 wird mit der Abänderung, daß das Wort „Gemeines" (Packpapier) gestrichen wird, nach der Vorlage angenommen. 658 wird nach der Vorlage angenommen, ebenso die Anmerkung.

Schluß 2½ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Parkettbodenleger. Die Firma Badmeyer hat den Tarif anerkannt.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung im Baugewerbe Hamburgs. Die Unternehmer wollen von Frieden durchaus nichts wissen. Bekanntlich haben sowohl die Maurer wie die Bauarbeiter die von ihnen verhängten Sperren aufgehoben, um dadurch die von den Unternehmern verlangte Vorbedingung zum Eintritt in Verhandlungen zu geben. Trotzdem also die Arbeiter bereits bis zum äußersten nachgegeben haben, lehnen es die Unternehmer auch jetzt noch ab, zu verhandeln. Nicht während der Bausaison, sondern nur im Winter wollen sie sich zu Unterhandlungen herbeilassen, und dann auch nur auf Grund des bestehenden, das heißt derjenigen Arbeitsverhältnisse, die überhaupt nicht mehr bestehen würden, wenn die Innung ihr bekanntes Versprechen gehalten hätte. Als Vorwand zu ihrem feindseligen Verhalten dient den Unternehmern der Umstand, daß die Zimmerer ihre Sperren noch nicht aufgehoben haben. Das ist natürlich nur eine leere Ausrede. Es kommt den Unternehmern nur darauf an, sich um die Erfüllung ihres Versprechens herumzudrücken.

Maurerstreik in Guben. Von den 400 Streikenden sind 170 abgereist, und die in der Umgegend wohnenden Maurer werden zur Erntezeit ebenfalls abreisen, so daß dann nur die zur Kontrolle der Bauten erforderliche Anzahl von Streikenden am Ort bleibt. Es arbeiten jetzt nur 13 Poliere, 6 Gesellen und 36 Lehrlinge. Die Unternehmer bemühen sich, Arbeitswillige von außerhalb heranzuziehen, was bis jetzt allerdings nicht gelungen ist, und auch nicht gelingen wird, wenn die Maurer allerorts ein wachsames Auge haben.

Zum Lohnkampfe im Baugewerbe Braunschweigs beschloß am Dienstag eine Bauhandwerkerversammlung, für jetzt von der Forderung, 53 Pf. für Dachdecker, Maurer und Zimmerer und 43 Pf. für Bauarbeiter, Abstand zu nehmen, wenn die Innung ihren Beschluß betreffs Lohnreduzierung auf die Anstellung durch ihren Arbeitsnachweis verzichtet. Der Gesellenausschuß wird beauftragt, dieserhalb mit der Innung in Unterhandlung zu treten und über den Ausgang derselben in einer in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlung Bericht zu erstatten.

Bekanntlich hatten die Unternehmer beschlossen, eine allgemeine Lohnherabsetzung eintreten zu lassen, wenn bis zum 15. Juli die Arbeit nicht auf allen Bauten aufgenommen würde. Der vorstehende Beschluß der Arbeiter ist geeignet, die Differenzen beizulegen. Einstweilen bestehen dieselben jedoch noch, und ist deshalb der Zuzug fernzuhalten.

Die Sticker in Treuen haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. Sie erkannten den von den vereinigten Stickmaschinenbesitzern kürzlich veröffentlichten Lohntarif nicht an. Sämtliche Maschinen stehen still; nur in einem Geschäft wird weiter gearbeitet und nur unter gewissen Bedingungen.

In der Pianoforte-Fabrik von Urbas u. Reißhauer in Cotta sind ernste Differenzen ausgebrochen. Die Beteiligten als auch die Organisation ersuchen bis auf weiteres Zuzug nach jener Fabrik streng fernzuhalten.

Achtung, Stuccateure, Gipser und Pliesterer! Die Firma Spieß in Chemnitz sucht für den Neubau des dortigen Central-Theaters in deutschen und ausländischen Blättern Leute unter Zusicherung hoher Löhne. Zweck der Firma ist nur, eine Menge Stuccateure nach Chemnitz zu ziehen, damit sie durch Ueberangebot von Arbeitskraft in die Lage kommt, weniger bezahlen zu können, als durch Lohntarif festgelegt ist. Die Firma macht große Versprechungen, läßt sich aber von jedem Ankommenden ihre berüchtigte Arbeitsordnung unterschreiben, so daß es fast unmöglich ist, die Firma selbst durch Klage zur Erfüllung des Versprochenen zu zwingen. Zuzug von Angehörigen obiger Branchen muß also vermieden werden.

Steinsetzer. Im Betrieb des Steinsetzermeisters Müller in Chemnitz sind neuerdings Differenzen ausgebrochen, nachdem es den bei demselben beschäftigten Steinsetzern vor einigen Wochen durch einmütigen Widerstand gelungen war, die ihnen zugemutete Lohnherabsetzung abzuweisen. Es haben 12 Mann die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Lohnbewegung der Maurer in Elberfeld-Barmen haben sich die Maurer in fast allen Orten des Wupperthales angeschlossen. Die Grundlage der Bewegung ist die Forderung der 10stündigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von 50 Pf. Der Lohntarif soll allen Unternehmern zugestellt und bis zum Ende dieses Monats ihrer Antwort entgegen gesehen werden.

Ausland.

Streiks in Galizien. Das „Bureau Herold" berichtet aus Lemberg: In Podwoloczisko streiken die Magazinarbeiter. — In Jaworzei sind 1000 Bergarbeiter in den Streik eingetreten. — In Gaje kam es zwischen streikenden und arbeitswilligen Feldarbeitern zu einem blutigen Kampfe.

Kohlenarbeiter-Streik in England. Die in den Kohlengruben der Distrikte Normanton, Castleford und Pontefract in Yorkshire beschäftigten jungen Hilfsarbeiter legten am Mittwochvormittag plötzlich die Arbeit nieder, wodurch 10 000 Grubenarbeiter außer Thätigkeit gesetzt sind. Die Ursache des Streiks ist, daß die Arbeitgeber eine höhere als die kürzlich vereinbarte zehnprozentige Lohnherabsetzung vorgenommen haben.

Aus Industrie und Handel.

Die Dresdener Gardinen- und Spitzenmanufaktur verteilt für das letzte, nur fünf Monate umfassende Geschäftsjahr nach gewohnten Abschreibungen und Rückstellungen von 85 000 M. 13 3/10 Proz. Dividende p. r. t. (gegen 12 Proz. im Vorjahre). Die schöne Dividende zeigt, wie durchaus notwendig Zollerhöhungen auf Tüll, Spitzen und Gardinen sind.

Ueber die Lage der Siegerländer Hochofenwerke wird der Fachzeitung „Industrie" berichtet: Nachdem schon vor längerer Zeit die Marienhütte in Eisenfeld, Abteilung der Westfälischen Stahlwerke in Bochum, den zweiten Hochofen wieder in Betrieb genommen hat, sind kürzlich die Oefen der Siegener Hütte, G. m. b. H. in Siegen, und der Brachbacher Hochofengewerkschaft in Brachbach wieder angeblasen. In den nächsten Tagen soll nun auch der dem Gußstahlwerk Witten gehörende Hochofen der Germaniahütte in Grevenbrück wieder in Feuer gestellt werden. Dagegen haben die Geisweider Eisenwerke in den letzten Tagen ihren Hochofen niedergeblasen, während sie in dem von der früheren Firma Schleifenbaum, Steffe u. Neuser angekauften Puddel- und Walzwerk den Betrieb wieder aufgenommen haben. Die kürzlich nach Amerika zu erhöhtem Preise verkauften 16 000 Tonnen 20proz. Spiegeleisen haben namentlich den Wissener Bergwerken und Hütten und der Charlottenhütte sehr erwünschte Arbeit zugeführt.

Hochofenbetrieb in Belgien. Während im rheinisch-westfälischen Industrierevier die Erzeugung von Roheisen im letzten Halbjahr einen Rückgang gegenüber dem ersten Semester des vorigen Jahres aufweist, hat in Belgien die Roheisenproduktion bedeutend zugenommen. Es waren dort am 1. Juli 1902 (im Vergleich mit 1901) von den 39 (41) bestehenden Hochöfen 30 (20) im Betrieb und 9 (21) außer Betrieb. Die Thätigkeit in der Hüttenindustrie Belgiens hat sich demnach im laufenden Jahre dem vorigen gegenüber bedeutend gehoben. Von den angeblasenen Oefen befaßten sich mit der Herstellung von Frischerei-Roheisen 8 (4) mit einer Leistungsfähigkeit von 635 (345) Tonnen in 24 Stunden, von Gießerei-Roheisen 4 (3) mit einer solchen von 290 (220) Tonnen, von Roheisen zur Stahlerzeugung 18 (13) mit einer solchen von 2010 (1380) Tonnen. Es sind dann auch insgesamt im letzten Halbjahr ca. 100 000 Tonnen Roheisen mehr produziert worden als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Samoas Handel im Jahre 1901. Wie Deutsch-Ostafrikas Handelsverkehr, dessen Ziffern wir kürzlich brachten, weist auch der des deutschen Schutzgebietes Samo im Jahre 1901 einen Rückgang auf. Die Einfuhr nach dorthin gestaltete sich im Statsjahre 1901, verglichen mit 1900, dem Werte nach wie folgt:

Herkunft	1901	1900
	Wert in Mark	
Deutschland	419 556	446 774
Neuseeland, Australien, Fidschi-Inseln	877 492	1 178 395
Vereinigte Staaten von Amerika . .	242 329	395 512
Andre Länder	31 716	85 130
Zusammen . .	1 571 093	2 105 811

Die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen des Schutzgebietes erreichte im Statsjahre 1901 einen Wert von 1 005 897 M. gegen 1 265 799 M. im vorhergehenden Jahre, hat also um 259 902 M. abgenommen. An Koprah, dem weitaus wichtigsten Artikel der Ausfuhr, gelangten im Jahre 1901 4576 Tonnen im Werte von 960 960 M. zur Verschiffung gegen 6450 Tonnen im Werte von 1 257 750 M. im Vorjahre.

Socialeß.

Der badische Fabrikinspektor Dr. Wörishoffer ist von seiner Stellung als Leiter der badischen Fabrikinspektion zurückgetreten. Als Grund seines Rücktritts wird in der amtlichen Meldung sein leidender Gesundheitszustand genannt. Mit Wörishoffer scheidet ein Mann aus dem Dienste des Arbeiterschutzes, der stets der ehrenden Anerkennung der Arbeiter für seine Thätigkeit gewiß sein kann. Er hat zwar nur gethan, was jeder Fabrikinspektor thun sollte, er hat seine Aufgabe, für Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu sorgen, ernst genommen und hat dabei einen freien Blick für die in der Arbeiterklasse lebenden moralischen und sittlichen Kräfte gezeigt, der ihn bestimmte, die Arbeiter als wichtigen Faktor für die Durchführung des Arbeiterschutzes anzusehen, und er hat den Bestrebungen der Arbeiter auf Hebung ihrer Klassenlage treffliches Verständnis entgegengebracht. Das sollte, wie gesagt, jeder Fabrikinspektor. Leider fehlt es den meisten der deutschen Fabrikinspektoren an allen dazu nötigen Eigenschaften und außerdem gehört unter unsren heutigen politischen Verhältnissen für einen solchen Beamten eine gute Portion Mut dazu, so zu handeln, wie wir wünschen müssen, daß jeder Fabrikinspektor handelte. Daß Wörishoffer es gethan, erwarb ihm seit langem die Sympathie der Arbeiter und sie wird ihm auch weiter bewahrt bleiben.

Die allgemeine Arbeitsnachweis-Anstalt Köln giebt soeben ihren Jahresbericht heraus. Mehr noch als im Jahre vorher kommen in dem Bericht die Folgen des geschäftlichen Niederganges zum Ausdruck. In den sechs Geschäftsjahren bis 1900 war die Zahl der vermittelten Stellen jährlich im Durchschnitt um 3000 gestiegen. Ende Juni 1901 aber war die Zahl um 218, und jetzt, Ende Juni 1902, ist sie um 1459 zurückgegangen. Um ein klares Bild von der Lage des Arbeitsmarktes in Köln zu erhalten, muß man die Zahlen der männlichen Abteilung des Arbeitsnachweises gesondert betrachten; denn gerade bei schlechtem Geschäftsgang sind die Unternehmer geneigt, die männliche Arbeitskraft durch die wohlfeilere weibliche zu ersetzen. In der That ist die Zahl der vermittelten weiblichen Stellen bei der Kölner Anstalt genau im selben Maße wie früher gestiegen. Dagegen ging die Zahl der angebotenen weiblichen Stellen, die noch im Jahre vorher ein wenig gestiegen war, um 654 zurück. Die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden stieg in den beiden Jahren des jetzigen Niederganges genau im selben Maße wie in den früheren Jahren, nämlich um etwa 700. Sie betrug 8005.

Die männliche Abteilung der Kölner Anstalt bietet ein geradezu erschreckendes Bild der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden stieg um nicht weniger als 6798, während die Zahl der angebotenen Stellen um 2311 sank; gegen das Jahr 1900 sank sie sogar um 3664. Im abgelaufenen Geschäftsjahr verschoben sich die Zahlen des Kölner Arbeitsmarktes für die Männer demnach um 9109 Stellen zu Ungunsten der Arbeitsuchenden. Die höchste Zahl der Arbeitslosen hatte der Monat Februar d. J., wo sich insgesamt 3390 Personen meldeten.

Die Anstalt, die von der Stadt Köln unterhalten und von den Kölner Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gemeinsam geleitet wird, vermittelt unentgeltlich. An Betriebe, wo gestreikt wird, vermittelt sie nicht. Es liefen im verflossenen Geschäftsjahr 68 962 Gesuche ein, wovon auf die männliche Abteilung 45 296 kommen. Von den 32 431 männlichen Arbeitsgesuchen hatten nur 12 480 Erfolg. Es wurden 97,23 Proz. der Gesuche von Arbeitgebern und 38,48 Proz. von Arbeitern befriedigt, gegen 97,01 und 57,32 Proz. im Jahre vorher. In der weiblichen Abteilung wurden bei 7784 vermittelten Stellen 72,70 Proz. der Gesuche von Arbeitgebern und 96,75 Proz. der Arbeiter (!) befriedigt. In der männlichen Abteilung kamen auf 100 angebotene Stellen 252,7 Arbeitslose gegen 169,2 im vorigen und 144,6 im vorvorigen Jahre. Wie aus dem Bericht hervorgeht, ist von einer Wendung zum Besseren nichts zu merken.

Arbeiter-Aborte. Die Abort-Anlagen in Fabriken befinden sich, wie unsre Leser leider aus eigner Erfahrung wissen, meist in einem Zustande, welcher die Arbeiter veranlaßt, nur ganz zwingenden Bedürfnissen nachzugeben und den Ort des Grauens sobald als möglich wieder zu verlassen. Nichtsdestoweniger ist gerade bei den Arbeitgebern, deren Abort-Anlagen am wenigsten den hygienischen und den Forderungen des Anstandes und der Bequemlichkeit entsprechen, die Annahme verbreitet, die Arbeiter versäumten bei Benutzung dieser wenig reizvollen Oertlichkeiten unnützerweise Zeit — die Zeit, die doch dem Unternehmer gehört, der sie dem Arbeiter mit seinem schweren Gelde abgekauft hat. Für solche Fabrikinhaber, die dem Glauben huldigen, die Klosett-Anlage sei der beste Teil ihres Unternehmens und bedürfe noch dringend der Verschlechterung, hat eine Fabrik in Straßburg eigens Abortbecken konstruiert und sich ihre Idee — patentamtlich schützen lassen. In dem Prospekt, den die Firma versendet, wird unter den „Vorzügen" dieses Beckens besonders einer angepriesen mit den Worten: „Nicht allzu bequemes Sitzen, daher kein Zeitverlust!" Uns hat eine Zeichnung des Beckens vorgelegen und wir müssen sagen, der Fabrikant derselben hat nicht übertrieben, er hätte zum Lobe seiner Erfindung ruhig sagen können: „Sitzen nahezu ausgeschlossen!" — Das Becken zeigt hinten und vorn scharfe Eisenränder, nur an den Seiten sind diese mit Holzleisten verkleidet, die das Sitzen ermöglichen würden, wenn die Seitenwände des Beckens nicht noch vorn schräg abfielen. Der Arbeiter, welcher gezwungen ist, ein solches Klosett zu benutzen, muß also die Füße gegen den Boden stemmen, um nicht während der Verrichtung seiner Notdurft ins Rutschen zu geraten, dabei zwingt ihn eine am Vorderteil des Beckens angebrachte, stark aufsteigende eiserne Tülle, die Beine breit auseinanderzunehmen! Er ist dem Marterinstrument bei jeder „menschlichen Anwandlung" widerstandslos ausgeliefert. — Wir fürchten nur, bei der wirklich genialen Vollkommenheit dieses modernen Folterstuhls wird einer seiner angepriesenen Vorzüge schnell ins Gegenteil umschlagen. In dem Prospekt heißt es nämlich auch: „Daraufstehen unmöglich — daher keine Beschmutzung". Da aber „Daraufsitzen" auch unmöglich ist, sind die Arbeiter schließlich gezwungen, sich daneben zu setzen; was das für Zustände herbeiführen muß, wagen wir kaum auszudenken, geschweige denn anzudeuten.

Die Gesellschaft für sociale Reform hält am 21. und 22. September ihre Generalversammlung in Köln ab. Dabei soll über die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und die Erhöhung des Schutzalters für jugendliche Arbeiter verhandelt werden. Im Anschluß an diese Versammlung wird eine Delegiertenversammlung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz stattfinden, die sich mit Frauen-Nachtarbeit, gefährlichen Industrien und eventuell mit Unfallstatistik beschäftigen wird. Die Delegierten sollen auch die Kruppschen Werke in Essen besichtigen. Hoffentlich unterrichten sie sich bei der Gelegenheit auch über den wahren Charakter der Kruppschen „Wohlfahrts-Einrichtungen", zum Beispiel der famosen Pensionskasse, die mehrfach von uns gekennzeichnet wurde; ebenso über die politische und gewerkschaftliche Unfreiheit der Arbeiter Krupps.

Eine Massendemonstration der Alkoholgegner fand am Sonntag in Stockholm anläßlich des Weltkongresses des Guttemplerordens und des nordischen Nüchternheits-Kongresses statt. Am Demonstrationszuge, der sich am Nachmittag durch die Stadt bewegte, nahmen ca. 22 000 Personen teil. Die Zahl der auf dem Sammelplatz Anwesenden wird auf 80 000 angegeben.

Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am Mittwoch im Lokal Andreasstraße 21 seine Generalversammlung ab. Zunächst wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal gegeben und dem Kassierer dann einstimmig Decharge erteilt. — Als Revisor wurde Gabel gewählt. — Darauf berichtete Kater über die Verhandlungen, die mit der Organisation der Putzer wegen Abschaffung der Accordarbeit im Putzergewerbe gepflogen wurden, und verurteilte es, daß die Putzer es abgelehnt haben, diese gute Konjunktur hierzu auszunutzen. Der Redner erklärte, daß die Vereinsmitglieder nach wie vor auf ihrem im Statut festgelegten Standpunkt beharren, und auch in Bezug auf Putzerarbeit das Accordsystem strikte ablehnen müßten. Mit der Organisation der Putzer solle nicht mehr verhandelt werden. — Sämtliche Diskussionsredner äußerten sich in gleichem Sinne. — Dann befaßte sich die Versammlung mit dem Plan einer Lohnbewegung zur Erringung des 70 Pfennig-Stundenlohns. Gehl, der hierzu referierte, verurteilte das Verhalten des Verbandes und erklärte die in den von der Verbandsleitung herausgegebenen „Mitteilungen" gegen den Verein gemachten Vorwürfe für unzutreffend. — Nach einer im gleichen Sinne gehaltenen Diskussion wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung schließt sich dem Beschluß der am 2. Juli 1902 abgehaltenen öffentlichen Versammlung bezüglich der geplanten Lohnforderung von 70 Pf. an. Sie erklärt sich mit der Haltung des Vereinsvorstandes in dieser Frage durchaus einverstanden und verpflichtet alle anwesenden Mitglieder, mit gewohnter Kraft für die Stärkung des Vereins nach allen Seiten hin einzutreten. Dagegen verwirft die Versammlung mit Entschiedenheit die Haltung des Centralverbandes, durch dessen Beschluß es unmöglich wurde, die geplante Lohnforderung von 70 Pf. zu stellen. — Des weiteren nimmt die Versammlung Kenntnis von den Bemühungen der Verbandsleitung ihre diesbezügliche Handlung als durchaus gerechtfertigt hinzustellen, unser Vorhaben, die Löhne zu verbessern, dagegen als Provokation gegen den Verband zu bezeichnen, und spricht ihre tiefste Mißachtung aus gegenüber solcher Maxime."

Weil die in der Versammlung in den Germaniasälen gefaßte Resolution im „Vorwärts" nicht im Wortlaut wiedergegeben ist, soll bei der Preßkommission Beschwerde eingelegt werden.

Die centralorganisierten Bauarbeiter beschäftigten sich in der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung wieder sehr eingehend mit dem Stand ihrer Lohnbewegung. Von dem Arbeitgeberbund war noch keine Antwort auf das letzte Schreiben der Lohnkommission eingegangen, dafür aber empfiehlt das Fachorgan der Unternehmer, die „Baugewerks-Zeitung", in der gegenwärtigen Bausaison offiziell alle Forderungen der Arbeiter abzulehnen. In dringenden Fällen, wo es nicht anders zu machen sei, könne man ja vorübergehend die Forderungen bewilligen, doch sobald der Zeitpunkt günstig erscheine, empfehle es sich für den einzelnen Unternehmer, sofort wieder die Bewilligung zurückzuziehen. — In Anbetracht der schwierigen Organisationsverhältnisse unter den Bauarbeitern empfiehlt die Ortsverwaltung, die bis jetzt so erfolgreich gewesene Taktik des gewerkschaftlichen Kleinkrieges auch fernerhin fortzusetzen. Um ein energisches Vorgehen auf einer Anzahl weiterer Bauten zu veranlassen, stimmte die Versammlung einer Resolution zu, deren Schlußpassus besagt: Auf Bauten, woselbst die Mehrheit der beschäftigten Arbeiter Mitglieder der Organisation sind, haben diese unter allen Umständen die Forderung zu stellen, widrigenfalls sie vom Verbande zur Verantwortung gezogen würden.

Der Konflikt im Schlächtergewerbe, der wegen der Ignorierung des Gesellenausschusses und der Durchführung des eintägigen Arbeitsverhältnisses seitens der Innung sowie wegen der Verlegung des Stellenwechsels und der Regelung der Arbeitsvermittelung ausgebrochen ist, beschäftigte eine am 16. Juli abgehaltene, von allen Gesellenkorporationen aber nur mäßig besuchte Fleischergesellen-Versammlung. Die Auseinandersetzungen hierüber waren ziemlich ausgedehnter Natur. Man einigte sich schließlich auf folgende einstimmig angenommene Resolution: „Die heutige Versammlung der Fleischergesellen wendet sich ganz entschieden gegen das Ansinnen der Innung, das tägliche Arbeitsverhältnis durchzuführen und verpflichtet deshalb alle Kollegen, bei keinem Meister in Arbeit zu treten, welcher dies Verlangen stellt. Außerdem werden die Kollegen aufgefordert, diese Meister der Verbandsleitung der Gesellen zu melden, damit deren Gebahren der Oeffentlichkeit preisgegeben werden kann." Die Versammlung beauftragte noch die Leitung des Centralverbandes mit den neben der Innung bestehenden Meisterkorporationen in Verhandlungen einzutreten, zwecks Verlegung des Stellenwechsels. Ferner wurde bekannt gegeben, daß der Innungsbeschluß betreffend die Einsetzung des bisherigen privaten Stellenvermittelers Dräbert als Sprechmeister der Innung durch die Gewerbedeputation aufgehoben worden ist, da auch hier bei der Beschlußfassung der Gesellenausschuß nicht zugezogen worden war. Wie es heißt, sollen sich die Innungsmeister nunmehr an den Regierungspräsidenten gewandt haben, um die Bestätigung ihres Beschlusses zu erlangen.

Die Generalversammlung des Vereins der Schuhmacher (Filiale Berlin) fand am 16. d. M. im Gewerkschaftshause statt. Herrmann erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht für das zweite Quartal 1902. Die Einnahme der Centralkasse betrug 2916,10 M., die Einnahme der Lokalkasse 1679,03 M., das angelegte Kapital und der Kassenbestand 1736,24 M. Die Mitgliederzahl ist auf 1625 gestiegen; neu aufgenommen wurden 159 Mitglieder. Nicht nur die Mitgliederzahl, sondern auch die Einnahmen haben die Ziffern aller früheren Quartale überschritten. Diese Erfolge sind in erster Linie der, durch aushilfsweise Einstellung eines Kollegen ermöglichten intensiven Hausagitation unter den Heimarbeitern zuzuschreiben. Es wurde deshalb, nachdem dem Kassierer Decharge erteilt war, auf Antrag der Ortsverwaltung zur weiteren Durchführung der Hausagitation die Aushilfe auf ein weiteres Quartal genehmigt.

Ebenso wurde ein Antrag der kombinierten Vertrauensmänner-Sitzung: „über die obligatorische Einführung des Lokalfonds-Beitrages eine Urabstimmung vorzunehmen" angenommen. Das Obligatorium soll von einer Zweidrittel-Majorität abhängig gemacht werden.

Centralverband der Civilmusiker Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin). Die hiesige Ortsverwaltung hielt am 11. Juli eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Neu aufgenommen wurden neun Kollegen. In die Kommission zur Bekämpfung der Privatmusikerbörsen wurden Schmager, Teuert und Jusko gewählt. Die Statutenkommission wurde durch den Kollegen Kummer ergänzt. An Stelle des Revisors Vogel, welcher sein Amt niedergelegt hat, wurde Schmager gewählt. Dem Revisor Wetzel wurde sein Amt abgenommen und dafür Winkler ernannt. Hierauf gab der Kassierer Kollege Gartmann den Kassenbericht vom zweiten Quartal 1902, welcher trotz erhöhter Beiträge sehr ungünstig lautet. Zu dem im September stattfindenden Verbandstag liegen fünf von Hoch gestellte Anträge vor, welche sämtlich angenommen werden. Von allgemeinem Interesse ist darunter ein Antrag, der besagt, daß Mitglieder, welche eine Nebenbeschäftigung betreiben, sich der etwa bestehenden Organisation dieses Nebenberufes anzuschließen haben.

Der Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin und Umgegend) hielt am 13. d. M. eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme und Beschlußfassung über den von den Konsumvereins-Verwaltungen ausgearbeiteten Lagerhalter-Vertrag" wurde nach einer regen Aussprache folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammelten verpflichten sich, keinen Vertrag eher anzuerkennen und zu unterzeichnen, als bis die Regelung dieser Frage gemeinschaftlich zwischen den Verwaltungen und den Vertretern unsrer Organisation erfolgt ist. Die Vertrauensleute der Vereine werden beauftragt, jeden Versuch einer anderweitigen Regelung sofort der Ortsverwaltung des Bezirkes zu melden."

Waidmannslust. Am Sonntag findet bei A. Kuhn eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. H. Schubert spricht über: „Der Kampf ums Dasein".

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der armenische Kongreß.

Brüssel, 17. Juli. (W. T. B.) Heute wurde der panarmenische Kongreß unter dem Vorsitz des Senators Karzem de Lehaie eröffnet. 2000 Zustimmungserklärungen sind dazu eingegangen. Der Vorsitzende hofft, daß die Regierungen durch diese Erklärungen veranlaßt würden, sich der unterdrückten Armenier anzunehmen. Sodann hielt der Redacteur einer Zeitschrift „Pro Armenia", Quillart, einen Vortrag über die Verbrechen, deren Opfer die Armenier geworden seien! Er schloß: „Es giebt ein wirksames Mittel, um den Bedrückungen ein Ziel zu setzen. Das ist Ernennung eines Gouverneurs, der einer neutralen europäischen Nation angehört und mit Zustimmung der Mächte zu wählen ist, und ferner die Errichtung einer lokalen nicht türkischen Miliz. Der Sultan allein kann diese Lösung verwirklichen. Er allein ist verantwortlich für das, was geschehen ist. Aber Europa muß es wollen. Es hat keine größere Ursache, einen Krieg zu fürchten, als damals bei den Ereignissen in Kreta.

Nachklänge vom Boerenkriege.

London, 17. Juli. (W. T. B.) Unterhaus. Bei der Beratung über den **Heeres-Etat** beantragt Grey (liberal), einen Abstrich an dem Etat vorzunehmen, um damit gegen die Art und Weise zu protestieren, wie General Buller vom Kriegsministerium behandelt worden sei. Redner beklagt sich darüber, daß General Buller durch Veröffentlichung einzeln ausgesuchter Telegramme in eine schiefe Lage gebracht sei. Alle Papiere, welche für ihn ungünstig seien, seien vom Kriegsministerium veröffentlicht worden, die Dokumente, deren General Buller zu seiner Verteidigung bedürfe, aber nicht.

Kriegsminister Brodrick nimmt das Wort zur Entgegnung. Er bedauere, daß der Fall Buller hier zum Gegenstand der Debatte gemacht worden sei. Die Regierung habe sich von keinerlei Vorurteil gegen General Buller bestimmen lassen, im Gegenteil, sie habe sich sogar zu einer zu großen Rücksichtnahme auf ihn leiten lassen. Was das Heliogramm betreffe, in welchem General Buller nach der Schlacht bei Colenso dem General White zur Uebergabe geraten habe, so müsse er sagen, daß dieses Heliogramm so außergewöhnlicher Art gewesen sei, daß die in Ladysmith Eingeschlossenen geglaubt hätten, die Mitteilung sei ihnen von den Boeren gemacht worden, welche in den Besitz des Chiffrenschlüssels gekommen seien. Weitere Dokumente könne die Regierung nicht veröffentlichen. Keine weitere Veröffentlichung könne ferner die Thatsache entschuldigen, daß am Spionkop ein Fehler nach dem andren begangen wurde. Weshalb heliographierte Buller nach dem Tage von Colenso an General White die Frage, wie lange er sich noch halten könne, obwohl er noch wenige Tage vorher von White die Mitteilung erhalten hatte, daß er noch Vorräte für siebzig Tage habe und sich so lange halten könne? Nach der Schlacht bei Colenso sei General Buller nur aus dem Grunde nicht abberufen worden, weil kein andrer Offizier in Südafrika verfügbar war, der ihn hätte ersetzen können.

Campbell Bannerman legt dar, man hege im Lande das Gefühl, daß General Buller nicht recht behandelt worden sei.

Nach längerer lebhafter Debatte, in welcher Lord Hugh Cecil und andre Mitglieder der konservativen Partei das Verhalten des Kriegsministeriums scharf kritisierten, wird der Antrag Grey mit 236 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Aus München berichtet die „Frankf. Ztg." unterm 17. Juli, daß der Kultusminister von Landmann als Regierungspräsident für Niederbayern in Aussicht genommen ist.

Paris, 17. Juli. (W. T. B.) Als heute vormittag Schüler der Militärschule von Saint-Cyr die Artillerie-Werkstätten von Puteaux besichtigten, entlud sich durch einen Zufall das Geschoß einer Mitrailleuse. Zwei Schüler wurden am Schenkel getroffen.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Partei-Nachrichten.

Von der Parteipresse. In die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen im Rheinland tritt der Genosse Wilh. Dittmann, der seit drei Jahren Redacteur an der „Nordd. Volksstimme" in Bremerhaven ist, mit dem 1. August d. J. ein.

Die erste Arbeiterausstellung in Prag bittet die Redaktionen aller deutschen Arbeiterzeitungen um Einsendung ihrer Maifestnummern für 1902 an die Adresse: Erste Arbeiterausstellung in Prag (Prvni delnická vystava v Praze) No. 1959 — II.

Der Fortschritt der Socialdemokraten in Schweden. Der Vorstand der socialdemokratischen Partei Schwedens hat dieser Tage seinen Bericht über das Jahr 1901 herausgegeben. Auch diesmal hat die Partei wiederum eine beachtenswerte Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Am Schlusse des Jahres 1900 zählte sie in 75 Arbeiterkommunen zusammen 44 100 Mitglieder, 1901 in 79 Arbeiterkommunen 48 241 Mitglieder, also innerhalb eines Jahres eine Zunahme von 4141 Mitgliedern. 8 Parteigenossen haben im Laufe des Jahres im Auftrage des Vorstandes die verschiedenen Teile des Landes zwecks Agitation bereist. Zwei Flugblätter zur Wahlrechtsfrage wurden in Auflagen von 100 000 Exemplaren verbreitet. Die wissenschaftlich socialistische Litteratur in schwedischer Sprache wurde durch eine im Parteiverlag erschienene Uebersetzung von „Engels, Von der Utopie zur Wissenschaft" von Hjalmar Branting, bereichert. — Die von der Partei herausgegebenen Zeitschriften haben starken Absatz gefunden; das in der letzten Hälfte des Jahres begründete Witzblatt „Karbasen" hat bereits einen großen Leserkreis. — Trotz des erbärmlichen Wahlsystems gelang es im verflossenen Jahre einen Parteigenossen in Gefla und zwei in Malmö in die Gemeindevertretung zu wählen. — Das Jahr 1901 war für die Socialdemokratie Schwedens von großer Bedeutung. Die Entschiedenheit und Einigkeit, mit der die Partei zu den großen politischen Fragen, namentlich aber zu der Wahlrechtsfrage, Stellung genommen hat, brachte den Gegnern Respekt bei und nötigte ihnen die Ueberzeugung auf, daß die Arbeiterpartei ein einflußreicher Faktor im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes geworden ist. —

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt veranstalten am Sonntag, den 20. Juli, in den Lokalen „Jägerhaus" und „Schönhauser Volksgarten", Schönhauser Allee 101—103, ein Sommerfest. Das Programm, bestehend in Konzert, Gesang, Reigenfahren, turnerischen Aufführungen, Kinderbelustigungen, Feuerwerk 2c., verspricht einen genußreichen Sonntag und können wir den Besuch desselben bei dem niedrigen Eintrittspreis von 20 Pf. nur empfehlen.

Das Komitee.

Sechster Wahlkreis. Dienstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, findet in den Germania-Sälen, Chausseestr. 103, eine öffentliche Parteiversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht der Vertrauensleute und Neuwahl derselben. 2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Der Kampf der Arbeiterklasse mit dem Junkertum". 3. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersuchen

Die Vertrauensleute.

Friedrichshagen. Der Arbeiter-Bildungsverein hält am Sonnabend, den 19. Juli, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Kafubke, Friedrichstr. 61, seine General-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Bericht des Vorstandes, der Bibliothekkommission und der Revisoren. 2. Neuwahl des Vorstandes, der Bibliothekkommission und der Revisoren. 3. Wahl von Delegierten zur Kreiskonferenz. 4. Vereinsangelegenheiten. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersucht der Vorstand um recht zahlreiches Erscheinen.

Grünau. Der Wahlverein hält Sonnabend 9 Uhr bei Gecke, Köpnickerstr. 88, seine Versammlung ab, in welcher Genosse Kiesel über Friedrich Schiller spricht. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt.

Ein Waldfest veranstalten die Parteigenossen von Wilmersdorf übermorgen, Sonntag, in dem herrlich am Rande des Grunewaldes gelegenen Wirtshaus zum Schwan, Schmargendorf, Delbrückstraße. Der schöne große Garten des Lokals ist weit und breit bekannt; die Veranstalter des Festes, sowie der Wirt haben alles aufgeboten, um den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Karten im Voraus kosten nur 20 Pf.

Spandau. Sein diesjähriges Sommerfest begeht der Socialdemokratische Arbeiterverein am kommenden Sonntag in Teßnows Volksgarten zu Hakenfelde. Das Festprogramm ist ein sehr reichhaltiges und verspricht den Teilnehmern des Festes einen guten Genuß. Da auf dem Festplatze keine Billets verkauft werden dürfen, werden die Genossen dringend gebeten, sich vorher mit Eintrittskarten zu versorgen.

Lokales.

Ein überraschendes Ergebnis hat eine von der Wirtschafts-Genossenschaft der Berliner Bäckermeister insgeheim angestellte Hefe-Kontrolle gehabt. Die Wirtschafts-Genossenschaft hatte von verschiedenen Fabrikanten und Händlern unter der Hand Probe-Pakete aufgekauft und ließ dieselben chemisch untersuchen. Das Ergebnis der Untersuchung war, daß sich die Mehrzahl der Proben als Verfälschungen erwiesen. Die Hefe war mit billigen Surrogaten, wie Kartoffelmehl und Bierhefe vermengt, wurde aber als reine Hefe im Handel gebracht. Nachdem die Staatsanwaltschaft von den stattgehabten Fälschungen in Kenntnis gesetzt worden ist, hat die Wirtschafts-Genossenschaft beschlossen, eine dauernde Geheimkontrolle über die in Berlin zum Verkauf gelangende Hefe einzuführen.

Beamten-Wohnhäuser am Prenzlauer Thor. Das fiskalische Grundstück vor dem Prenzlauer Thor, worauf sich bisher der große Exerzierplatz des Garde-Alexander-Regiments befand und das seit Verlegung der Alexander-Kaserne an der Alexanderstraße nach dem Kupfergraben an Privatleute vermietet war, soll der Bebauung erschlossen werden. Der Fiskus hat das Gelände unter sehr günstigen Bedingungen dem Beamtenwohnungs-Verein zur Errichtung kleinerer Wohnungen abgetreten.

Die bei dem Eisenbahn-Unglück auf der Militär-Feldbahn bei Clausdorf zu Schaden gekommenen Soldaten befinden sich sämtlich auf dem Wege der Besserung. Sie dürften zum Teil schon in den nächsten Tagen aus dem Garnison-Lazarett in Tempelhof entlassen werden und nur drei Mann, welche Knochenbrüche erlitten, werden noch mehrere Wochen im Krankenhause verbleiben müssen.

Wie die amtliche Untersuchung bezüglich der Ursache des Unfalls ergeben hat, trifft an dem Unglück niemand ein Verschulden. Die Bahnstrecke war schon vielfach von Arbeitszügen befahren worden, ohne daß eine Störung des Betriebes eingetreten war. (Ein Gerücht, nach welchem schon am Sonnabendmittag bei einem gleichartigen Unfall zwei Soldaten verletzt worden sein sollen, ist dadurch hervorgerufen, daß zwei Soldaten beim Tragen von Eisenbahnschwellen diese plötzlich fallen ließen und hierbei Kontusionen erlitten.) Die durch den Forst führende Bahnstrecke war ordnungsgemäß freigelegt. Vermutlich war der starke Ast eines Baumes durch die Winddöen am vorhergehenden Tage eingeknickt und hatte sich derartig gesenkt, daß seine Zweige die keineswegs übermäßig hohe Ladung des Eisenbahnwagens erfaßten und, in dem Schienenlager hängen bleibend, dieses verschoben. Der Führer der kleinen Feldlokomotive konnte die Gefahr umsoweniger erkennen, als der fragliche Baumast bedeutend über die Schornsteinhöhe der Maschine hinausragte. Erwähnt sei, daß die Bahnlinie, auf welcher der Unfall passierte, völlig abseits von der für das Publikum zur Beförderung zugelassenen Militär-Bahnlinie Schöneberg-Jüterbog liegt und mit jener absolut nicht in Berührung kommt. Aehnliche Unfälle sind auf dieser vollständig frei liegenden Bahnstrecke vollständig ausgeschlossen.

Durch einen Sturz vom Wagen tödlich verunglückt ist der 27 Jahre alte Kutscher Heinrich Bandelt aus der Kreuzigerstr. 9 zu Friedrichsberg. Der Mann fiel Dienstagabend im Norden der Stadt von seinem eignen Wagen herab und wurde mit einer schweren Kopfverletzung nach der Charité gebracht, nachdem er auf der Unfallstation in der Eichendorffstraße einen Verband erhalten hatte. Vorgestern nachmittag starb er an Gehirnzertrümmerung und Blutung im Schädel.

Vom Briefträger tot aufgefunden wurde gestern morgen um 8 Uhr der 64 Jahre alte Handelsmann und Almosenempfänger Georg Kallmann, der seit einem halben Jahre in der Kleinen Markusstraße Nr. 4 wohnte. Der alte Mann war etwas sonderlich und wollte sich von niemand bedienen lassen, obwohl er kränkelte. Die Hausgenossen hatten ihn schon seit vier Tagen nicht mehr gesehen. Als ihm der Postbote gestern morgen einen eingeschriebenen Brief von Verwandten bringen wollte, fand er ihn in der nicht verschlossenen Stube mit der Kleidung tot auf dem Bette liegen.

Unbekannt gestorben sind zwei Männer, der eine im Krankenhaus, der andre im Wasser. Jener erkrankte am Sonntagabend im Asyl für Obdachlose. Er ist etwa 55 bis 60 Jahre alt, 1,67 Centimeter groß und kräftig gebaut. Der Unbekannte, der wohl ein Hausierer war, ging an einem eichenen Krückstock und hatte eine Cigarrenkiste mit einigen Ansichtskarten, Kragenknöpfen und Bleistiften bei sich. — Der Ertrunkene der am Zieten-Ufer gelandet wurde, sprang in der vergangenen Nacht um 1 Uhr von der Oberbaumbrücke in die Spree. Als Schiffer, die ihn zu retten versuchten, ihn mit einem Bootshaken faßten und aus dem Wasser zogen, war er schon tot. Er ist ein großer Mann von etwa 85 Jahren mit blondem Haar und Vollbart.

Als Leiche wiedergefunden wurde ein ehemaliger China-Krieger, den man seit Freitagabend vermißte, der 24 Jahre alte Steindrucker Otto Dzelsky, der bei seiner Mutter, einer Witwe, in der Boyenstr. 38 wohnte. Der junge Mann diente beim 107. Infanterie-Regiment in Sachsen, machte die Expedition nach China als Freiwilliger im 4. ostasiatischen Infanterie-Regiment mit und kehrte am 3. November v. Js. gesund nach Berlin zurück. Hier fand er gute Arbeit in einem Geschäft in der Alexanderstr. 31. Am Freitag feierte er dort in einer Gastwirtschaft auf demselben Grundstück mit einigen Berufsgenossen seinen Geburtstag. Um 11½ Uhr ging er angetrunken weg, um seine Wohnung aufzusuchen. Seitdem wurde er vermißt. Vorgestern nachmittag trieb eine Leiche in der Spree an der königlichen Klinik vorbei und wurde unter einem großen Zulauf von Menschen an der Weidendammer Brücke mit einem Kahn gelandet. In den Kleidertaschen fand man eine silberne chinesische Uhr, die zur Feststellung der Persönlichkeit den ersten Anhalt gab. Der Ertrunkene ist Dzelsky, der nach seiner Geburtstagsfeier in der Angetrunkenheit verunglückt sein muß, da er zum Selbstmord nicht die geringste Veranlassung hatte.

Berliner Rettungsgesellschaft. Da es noch immer vorkommt, daß vermißte Personen von ihren Angehörigen in allen Krankenhäusern Berlins und der Nachbargemeinden persönlich gesucht werden, so machen wir darauf aufmerksam, daß es für alle solche Fälle nur eines Anrufes der Centrale der Berliner Rettungsgesellschaft (Amt III, 1960) bedarf, um in etwa ¼ Stunde festzustellen, ob der Vermißte in irgend einem der genannten Krankenhäuser zu irgend einer Zeit Aufnahme gefunden hat.

Eine Tierquälerei erregte bei dem Brande auf dem Grundstücke Schlesischestr. 13 allgemeinen Unwillen. Wie schon berichtet, brannte der Stall und erlitten zwei Pferde sehr erhebliche Brandwunden. Das eine Tier war am Kopf schrecklich verbrannt und muß entsetzliche Qualen ausgestanden haben. Der Besitzer konnte die Tötung nicht verfügen, er mußte die Vertreter der Versicherung und den Tierarzt abwarten und so mußte das Tier 3 Stunden stehen, ehe es von seinen Qualen erlöst wurde.

Die Vorstellungen im Bellealliance-Theater sind auf Anordnung der Polizeibehörde aus baupolizeilichen Rücksichten untersagt. Die Direktion des Theaters bemüht sich, während der Ausführung der baulichen Veränderungen eine andre Bühne für ihr Repertoire zu gewinnen.

Volkstümliche Konzerte für Schüler und Schülerinnen der Berliner Schulen werden für nächsten Winter von privater Seite geplant. Die Anregung dazu ist aus Musikerkreisen gekommen und ist von der Lehrerschaft freundlich aufgenommen worden. Der „Berliner Lehrerverein" sowie dessen „Litterarische Vereinigung" haben sich zustimmend geäußert. Beabsichtigt sind 6—8 Konzerte für Vokal- und Instrumentalmusik, die an den Sonnabendnachmittagen von 3—½5 Uhr in der Philharmonie oder in der Singakademie unter Mitwirkung von Künstlern und guten Chören veranstaltet werden sollen. Den Kindern soll nur Musik, die ihnen verständlich sein kann, geboten werden, unter Bevorzugung von Volksliedern und von Kompositionen der in der Schule gelernten Gedichte. Die Veranstaltung ist kein geschäftliches Unternehmen, doch läßt es sich nicht durchführen, die Konzerte unentgeltlich zu geben. Man hofft mit einem Eintrittsgeld von 30 Pf. (einschließlich Programm) die Unkosten decken zu können.

Feuerbericht. Ein größerer Brand entstand in der Nacht zum Donnerstag in dem Lagerkeller der Fabrik für Glanzwichse von Sauber, Alexandrinenstr. 58. Die Ablöschung gestaltete sich infolge starker Verqualmung schwierig, so daß die Löschmannschaften nur mühsam zum Brandherde vordringen konnten. Der verursachte Schaden ist nicht erheblich. Kurz darauf brannte Chausseestr. 83 die Schaldecke. Am Kottbuser Damm 24 mußte ein Küchenbrand und Hollmannstr. 14 ein Kellerbrand beseitigt werden. Mittwochnachmittag hatte die Wehr an der Möckernbrücke ein Pferd aus dem Kanal herauszuholen und gleichzeitig Lützowstr. 108 einen verflogenen Bienenschwarm einzufangen.

Aus den Nachbarorten.

Die Beseitigung des Straßenhandels strebt eine Polizeiverordnung an, welche vor einiger Zeit in Rixdorf erlassen worden ist. Sie verbietet den Handel auf allen verkehrsreichen Straßen und läßt ihn auch in den übrigen Straßen nur insoweit zu, als die den Handel betreibende Person die Verkaufsgegenstände in einem Behälter (Korb 2c.) führen muß, den sie selber tragen kann. Gegen die Gültigkeit dieser Polizeiverordnung ist nun von Interessenten der Klageweg beschritten worden. Die Polizeibehörde und der Magistrat sind ersucht worden, bis zur Erledigung der Klage diese Polizeiverordnung außer Kraft zu setzen.

Eine Disciplinar-Untersuchung ist auf Veranlassung des Landrats des Kreises Teltow v. Stubenrauch sowohl gegen den Amtsvorsteher von Britz Regling wie auch gegen dessen Sekretär Baar eingeleitet worden. Diese Affaire erregt in Britz umsomehr Aufsehen, als in dieselbe auch ein in der ersten Klasse gewählter Gemeindevertreter verwickelt ist. Veranlassung zur Einleitung der Disciplinaruntersuchung gab eine am 21. Mai d. J. vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II stattgehabte Gerichtsverhandlung, in welcher sich mehrere Personen wegen angeblich betrügerischer Manipulationen bei einem Grundstücksverkauf zu verantworten hatten, aber freigesprochen wurden. Vor Gericht war u. a. auch behauptet worden, daß der Amtsvorsteher Regling und der Sekretär Baar für Hilfeleistung beim Verkaufe des betreffenden Grundstücks Gratifikationen in Höhe von 1000 M. bezw. 500 M. erhalten hätten. Durch den Syndikus des Kreisausschusses Borgmann haben in dieser Sache bereits eidliche Vernehmungen stattgefunden.

Vom Grundbesitzwechsel in Charlottenburg. Die Immobilien-Umsatzsteuer bietet Gelegenheit, den Grundbesitzwechsel statistisch zu erfassen. Im Jahre 1901 ist bei den bebauten Grundstücken 268 mal ein Wechsel vorgekommen, und zwar 207 mal durch Verkäufe, 37 mal durch Zwangsversteigerungen, 24 mal durch Tauschverträge. Von unbebauten Grundstücken haben 126 durch Verkauf und 3 durch Zwangsversteigerung ihren Besitzer gewechselt. Dabei ist die Zahl der Verkäufe, welche bei den bebauten Grundstücken von 155 im Jahre 1897 bis 256 im Jahre 1900 gestiegen war, 1901 auf 207 zurückgegangen. Bei den unbebauten Grundstücken trat dieser Rückgang schon 1901 ein. Auch die Zwangsversteigerungen sind von 83 im Jahre 1897 bis 21 im Jahre 1900 gesunken, 1901 auf 37 gestiegen. Im ganzen belief sich der Umsatz auf 78½ Millionen Mark gegen 82 Millionen im Jahre vorher und 100 Millionen im Jahre 1899. Hierbei waren die bebauten Grundstücke mit 62,7 bezw. 62,8 bezw. 64,2 Millionen vertreten. Der Wert der Verkäufe betrug 255,88 M. pro Quadratmeter bebauter Fläche. Der gemeine Wert dieser Flächen war um 13,5 Proz. niedriger. Bei den Zwangsversteigerungen stand der gemeine Wert um 7,27 Proz. höher als das Meistgebot.

Gerichts-Zeitung.

Kurpfuscherei. Die vierte Strafkammer des Landgerichts I hatte sich gestern wieder mit einer Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes zu beschäftigen, die sich auf dem Gebiete der Kurpfuscherei bewegte. Der „Privatgelehrte" Friedrich Henke, welcher sich mit der Heilung von Krankheiten befaßt, soll in den ihm veröffentlichten Prospekten und Zeitungsannoncen weit mehr versprochen haben, als er zu halten im stande gewesen sein soll. Der Angeklagte bestritt dies. Er habe nur gesagt, daß er schon Erfolge erzielt habe in Fällen, in denen die Kunst der Aerzte versagt habe, und dies entspreche, wie er beweisen könne, der Wahrheit. Er sei Homöopath und verdanke seine Kenntnisse dem Selbststudium, wie es bei der Homöopathie recht gut angängig sei. Der gerichtliche Sachverständige, Physikus Dr. Störmer, begutachtete, daß die Vorbildung des Angeklagten nicht im geringsten ausreiche, um die ärztliche Kunst auszuüben, geschweige denn solche Erfolge in Aussicht zu stellen, wie es von ihm in den Annoncen geschehen sei. Der Staatsanwalt bezeichnete das Treiben derartiger Heilkundigen, wie der Angeklagte einer sei, als ein allgemein schädliches, dem mit Entschiedenheit entgegengetreten werden müsse. Wenn derartige Personen Erfolge in vereinzelten Fällen erzielten, was nicht bestritten werden solle, so geschehe dies durch Suggestion oder durch Diätanordnung. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 800 M. Der Gerichtshof konnte nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß in der Reklame des Angeklagten, der nur die Kranken auffordere, selbst in schweren Fällen einen Versuch mit seiner Heilmethode zu machen, ein Verstoß gegen das Gesetz betr. den unlauteren Wettbewerb zu finden sei und fällte deshalb ein freisprechendes Urteil.

Ein schlechter Witz hat dem Schankwirt Stritzkowsky eine Anklage wegen Sachbeschädigung und durch schöffengerichtliches Erkenntnis eine Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe eingetragen. An einem Februar-Abend besuchte der verkrüppelte Invalide Rapp mit einem Phonographen das Lokal des Angeklagten und erhielt die Erlaubnis, den Apparat hören zu lassen. Die Gäste waren mit der gebotenen Leistung zufrieden, nicht aber der Wirt, der höhere Ansprüche stellte. Er nahm den großen Schnaps, den der Angeklagte sich bestellt hatte, und goß ihn mit den Worten: „So, wir wollen mal sehen, ob er jetzt besser spielt," auf den Apparat. Das Mittel zeigte sich als völlig verfehlt. Der Apparat wurde durch den ungewohnten Schnapsgenuß arg verstimmt. Er gab Töne von sich, die von einem Mann herzurühren schienen, der sich vor Entsetzen fortwährend schüttele. Der arme Invalide jammerte um seinen Apparat, den er in Zukunft nicht mehr vorführen konnte. Der Angeklagte bot ihm zwar eine Entschädigung von 20 Pfennigen und dann von einer Mark, der Invalide wies dies Anerbieten mit Entrüstung zurück. Im gestrigen Termine vor der zweiten Instanz bemühte der Angeklagte sich, den Nachweis zu liefern, daß er den Schnaps nur habe beiseite stellen wollen. Dabei sei er von einem der umstehenden Gäste an den Arm gestoßen worden und der Inhalt des Glases in den Trichter geraten. Die Beweisaufnahme ließ ihn arg im Stich, weshalb seine Berufung verworfen wurde.

Dürfen Charlottenburger Droschken in Berlin Fahrgäste aufnehmen? Diese für die Charlottenburger Fuhrherren grundsätzlich wichtige Frage wurde gestern vor der achten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors v. Winterfeldt erörtert. Der Fuhrherr Kaulsdorf aus Charlottenburg hatte am 4. Dezember 1901 einen Fahrgast von Charlottenburg nach Berlin befördert, war auf der Rückfahrt nach Charlottenburg von einem Herrn angerufen worden und hatte diesen als Fahrgast aufgenommen. Das Berliner Polizeipräsidium sah darin ein „Inbetriebsetzen einer Droschke ohne polizeiliche Konzession" und veranlaßte die Erhebung einer Anklage. Nachdem das Schöffengericht auf Freisprechung erkannt hatte, legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine führte in der zweiten Instanz aus, daß das Charlottenburger Fahrpolizei-Reglement sogar Bestimmungen für die Fälle träfe, daß Charlottenburger Droschken außerhalb Fahren annähmen, daß dies also jedenfalls als erlaubt angesehen werden müsse. Auch bestände seit 18 Jahren die Sitte, daß Charlottenburger Droschken in Berlin Fahren annähmen, ohne daß je Bedenken erhoben worden seien. Das „Inbetriebsetzen" einer Droschke erfordere jedenfalls mehr als gelegentliche Annahme einer Fuhre bei zufälliger Anwesenheit in Berlin.

Das Gericht verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft, weil festgestellt sei, daß der Angeklagte nur gelegentlich eine Fuhre angenommen habe. Es könne dahingestellt bleiben, wie es zu beurteilen sein würde, wenn der Angeklagte in Berlin umhergefahren wäre in der Absicht, Fuhren zu erhalten.

Rechtsungültige Polizeiverordnung. Für verschiedene ländliche Distrikte sind Kreis- und Regierungs-Polizeiverordnungen erlassen worden, die in ihrem § 1 den Gutsbesitzern 2c. verbieten, ohne landrätliche Erlaubnis ausländische Arbeiter zu beschäftigen, und deren § 2 den Arbeitgebern die Pflicht zur polizeilichen An- und Abmeldung solcher Arbeiter auferlegt. Den § 1 hat das Kammergericht schon früher für ungültig erklärt, weil durch ihn das Polizeiverordnungs-Recht überschritten werde! Nunmehr hat das Kammergericht in einer Strafsache gegen den Rittergutsbesitzer Gumpel aus der Gegend von Delitzsch auch die Rechtsungültigkeit des § 2 festgestellt. Gumpel, der russische Arbeiter nicht abgemeldet hatte, wurde freigesprochen. Der Strafsenat führte aus, daß eine Polizeiverordnung zur Begründung einer Meldepflicht nach dem Polizei-Verwaltungsgesetz allerdings zulässig sei; sie könne aber nur dem Logisgeber und nicht dem Arbeitgeber auferlegt werden.

Leipziger Bankprozeß. Der Sitzung wohnen in der Präsidentenloge Justizminister Dr. Otto und Generalstaatsanwalt Goßler bei. Der Präsident, Landgerichtsdirektor Dr. Müller verkündet die formulierten Schuldfragen. In Bezug auf Exner und Dr. Gentzsch werden den Geschworenen 6 Schuldfragen vorgelegt. Die Fragen lauten auf betrügerischen Bankrott, auf Verschleierung in zwei Fällen, namentlich bezüglich der im Februar 1901 herausgegebenen Bilanz

für das Rechnungsjahr 1900 und des in der Generalversammlung vom 19. März 1901 erstatteten Berichts, wie bezüglich der beiden am 25. Juni 1901 veröffentlichten Communiqués; auf Betrug in zwei Fällen, betreffend die Bankhäuser von der Heydt u. Co. und S. Bleichröder, und auf Untreue gegenüber der Leipziger Hypothekenbank. Betreffs Dodels lauten die Schuldfragen auf Bilanzverschleierung und Untreue gegen die Leipziger Hypothekenbank. Schröder, Meyer und Wölker sind beschuldigt der Verschleierung, begangen bei Aufstellung der Bilanz, bei Anfertigung des Berichtes, sowie bei Veröffentlichung der beiden Communiqués. Den Angeklagten Fiebiger, Börster und Willen wird zur Last gelegt, daß sie an der Verschleierung bezüglich der Bilanz und des Berichtes teilgenommen haben.

Bezüglich sämtlicher Schuldfragen ist für alle Angeklagten die Unterfrage auf Zubilligung mildernder Umstände gestellt.

Staatsanwalt Dr. Weber begründet sodann die Schuldfrage.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden unterbricht der Staatsanwalt gegen 3 Uhr seine fast volle sechs Stunden dauernde Rede.

Die Fortsetzung wird auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 20. Juli: Ausflug nach Friedrichshagen (Restaurant Ravenstein). Wir bitten die Mitglieder zahlreich zu erscheinen. Abfahrt morgens 9,01 vom Alexanderplatz, 9,10 Schlesischer Bahnhof. Der Vorstand.

Vermischtes.

Auf dem Truppenübungsplatze Lockstedter Lager fuhr ein Fouragewagen des Mecklenburgischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 60 mit solcher Wucht gegen einen Baum, daß die Insassen des Wagens, sechs Soldaten, herausgeschleudert wurden. Einer wurde getötet, während die übrigen fünf schwer verletzt wurden.

Ueber die Aufräumungsarbeiten am Campanile, die sich sehr mühevoll gestalten und große Vorsicht erheischen, liegen verschiedene Meldungen vor. Danach fand ein Arbeiter unter dem Schutte die berühmte Thür der Loggia mit dem Metalllöwen. Die Thür ist glücklicherweise nur wenig beschädigt. Zwei andre Thüren, die man auch unversehrt glaubt, ragen aus dem Schutte heraus, konnten jedoch noch nicht freigemacht werden. Auch die Fragmente der Kapitäle der Loggia wurden nachmittags gefunden. Die Bronze-Statuen liegen noch unter dem Schutte. Die Markuskirche wurde vorläufig geschlossen, wie es heißt, bis die Untersuchung beendet ist. Ein hervorragender Techniker der Stadt erklärte, daß die Ursache des Einsturzes in letzter Linie in dem Senken des Fundaments lag. — Zu der Ansicht des Oberbaurats Wagner, daß ganz Venedig dem Untergange geweiht ist, bemerkt die „Frankfurter Zeitung": Wir möchten doch davor warnen, einer derartigen verallgemeinernden Voraussage eine Bedeutung beizulegen. Bisher hatte man allgemein angenommen, daß die 117 venetianischen Inseln, soweit sie auf Pfahlrosten stehen, geradezu vorzüglich fundiert seien, weil das Lagunenwasser die Eigenschaft habe, die Piloten zu versteinen. Nie bisher hat man auch das geringste von besorgniserregenden Senkungen vernommen. Wenn die venetianischen Profanbauten zerfallen, so ist die naheliegende Erklärung dafür die, daß für ihre Erhaltung zu wenig oder gar nichts geschieht.

Uebrigens hat sich in Venedig trotz der Trauer rasch ein neuer Industriezweig entwickelt. Handel mit Mauerresten vom Campanile, die aber alle unecht sind, da die Unglücksstätte strenge bewacht ist. Engländer und Amerikaner zahlen die höchsten Preise für solche Bruchstücke.

Zu dem großen Dampferunglück in Rußland auf dem Flusse Luga, zwischen der Station Preobraschenskaja der Warschauer Bahn und dem Landgute Chilok, meldet die „Nowoje Wremja": Die Katastrophe ist entsetzlich und ereignete sich unter solchen Umständen, die man gar nicht für möglich halten sollte. Der kleine Dampfer war mit Fahrgästen, städtischen Einwohnern, Bauern, Frauen und Kindern überladen, keine Maus konnte mehr Platz finden. Plötzlich stößt das Fahrzeug auf eine Untiefe und was nun folgte, spottet jeder Beschreibung. Das Schiff begann zu sinken und die erschrockenen Fahrgäste sprangen in den Fluß, um ihr Leben zu retten. Diejenigen, welche auf die Sandbank sprangen, kamen glücklicherweise mit dem Leben davon, auf der andern Seite aber gähnte ein Abgrund und ein Teil dieser Unglücklichen, die in Angst und Verwirrung auf diese Seite hinabsprangen, mußte elend ertrinken. Es sind 60 Personen, nicht 30, wie der Telegraph meldete, umgekommen! 15 Personen wurden von herzugeeilten Fischern gerettet. Im Schiffsraume ertranken 16 Personen; noch ist es nicht gelungen, das Fahrzeug zu heben und die Leichen herauszuholen. Die Schuld an dem schrecklichen Unglück trifft den Kapitän, der erstens eine nicht zulässige Menge Fahrgäste aufnahm und zweitens mit unbegreiflicher Fahrlässigkeit und Kurzsichtigkeit bei hellichtem Tage, es war um 4 Uhr nachmittags, auf eine Sandbank steuerte, zumal der Mann schon lange den kleinen Fluß befuhr und das Fahrwasser kennen mußte.

Das Haus des Todes in Kalkutta. Einem größerem Aufsatze in der „Deutschen Export-Revue" entnehmen wir folgende Schilderung: Stromaufwärts in Kalkutta, nahe der Brücke über den Strom, erheben sich zwei Gebäude, die der Fremde, wenn überhaupt, so doch nur mit Grauen betritt. In der Pestzeit wird er häufig genug die einfachen Leichenzüge der Hindus darin verschwinden sehen. Vier Männer mit einer offenen Tragbahre auf den Schultern, auf welcher eine Leiche liegt. Die dünnen Baumwolltücher, in welche der tote Körper gehüllt ist, lassen die Umrisse nur allzu deutlich hervortreten. Ein paar Leute folgen. Im Innern des Gebäudes nimmt ein Hindubeamter die Anmeldung entgegen, Name, Alter, Geschlecht, Wohnung des Verstorbenen. Dann wird die Leiche weitergetragen in einen engen langen Säulenhof, auf dessen Boden vielleicht ein halbes Dutzend Scheiterhaufen brennen — der eine eben entzündet, ein andrer schon verglimmend, ein dritter nur mehr ein Häufchen Asche. Frische Scheiterhaufen, manneslang, meterbreit, kniehoch, sind zur Aufnahme neuer Opfer aufgeschichtet. Die Leiche wird darauf gelegt, einer der Angehörigen holt vom Flusse unten ein Gefäß voll Wasser und gießt es der Leiche in den Mund und auf die Füße. Die Knechte legen frische Holzscheite darüber, das Ganze wird mit einem brennenden Span angesteckt, und im Nu ist der Körper in Flammen gehüllt. Durch die Hitze krümmen sich die Glieder, heben sich die Knie, bewegen sich die Arme, als lebte der Schmorende noch und wollte sich von dem schrecklichen Feuertode befreien; mitunter kollert er auch von dem brennenden Haufen herab. Mit langen Stangen wird der Körper dann wieder in die Flammen geschoben. So verbrennen tagsüber 60, 80 oder auch mehr Leichen, und ist nichts übrig, als ein Häuflein heiße Asche, vielleicht mit ein paar verkohlten Knochen, dann nehmen sich die Angehörigen etwas davon und kehren nach Hause zurück. Die Aschenreste werden in den Fluß geworfen, in welchem sich die Lebenden täglich nach Tausenden und Abertausenden baden und dessen Wasser sie trinken. Das Haus neben dieser Verbrennungsstätte führt den Namen Moribund House, und hierher lassen sich die besonders religiös angelegten Sterbenden tragen, um an den Ufern des heiligen Ganges ihr Leben aushauchen zu können. In Reihen liegen sie hier in den langen Hallen, dem Tode entgegensehend.

Cholera-Epidemie. Dem „Regierungsboten" zufolge ist Zizikar in der Mandschurei für choleraverseucht erklärt. In Jukou sind seit dem Ausbruch der Epidemie bis zum 4. Juli 643 Personen erkrankt, von denen 477 starben. In der Woche vom 27. Juni bis zum 4. Juli erkrankten dort 166 Personen und starben 139. In Charbin, wo die ersten Erkrankungen am 1. Juli festgestellt wurden, zählte man bis zum 10. Juli 575 Erkrankungen und 322 Todesfälle. Cholerafälle in der Mandschurei sind noch in den Ortschaften Tachotschi, Telin, Kajuansan, Schanhaikwan und Sinmintin vorgekommen. Es wurden Cholerastationen in der Mandschurei errichtet. Die Züge werden von Sanitätsbeamten besichtigt und von solchen begleitet.

Wetter-Prognose für Freitag, den 18. Juli 1902.

Etwas kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und schwachen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 18. Juli.

Neues Opern-Theater (Kroll). Die Puppe. Anfang 7½ Uhr. Im Liederspielhaus: Offenbach-Cyklus. (Dorothea. — Der Regimentszauberer. — Die Hanni weint — der Hanns lacht.) Anfang 8 Uhr.
Westen. Die Brautlotterie. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. (Monvitz-Oper.) Der Troubadour. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ledige Leute. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Der Dämon. Hierauf: Sie. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Zerrissene. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7–9.
Täglich:
Tausend und eine Nacht.
Phantastisches Märchen in 3 Abteilg. von Hugo Schulz.
Ballettges. Catrini. Kostüm-Soubrette Paula Grigatti. Groteskne-Komiker Senor u. Berad. Miss Kitty, Sport-Akt. Barsikow-Truppe, Parterre-Akrobaten. Mr. Bartling, lebd. Photographien. Bartlings elektrische Feerie. (3000 Glühkörper.) Konzert. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich:
Der Dämon.
Hierauf: **Sie.**
Nachtscene in 1 Akt v. G. Schätzler-Perasini.
Anfang 8 Uhr. — Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Grille. Im Garten: Große Extra-Vorstellung zum Benefiz für Paul Free und Alex Scheibach. Anf. 5½ Uhr.

Apollo-Theater
Um 7 Uhr: Garten-Konzert.
Um 8 Uhr: **Die grandiosen Specialitäten.**
Um 9 Uhr: Paul Linckes Ausstattungs-Operette:
Lysistrata
Kasseneröffnung 7 Uhr.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Täglich Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Gediegene Gesellschaft.
Nur keine Männer!
Burleske mit Gesang und Tanz von Gericke.
Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei ungünstig. Witterung im Saal:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Konzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzchen. Tanz frei!**
Anfang Sonntags 5 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags 6 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.

CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 165.
Neu!
Die Nordlandreise des Kaisers und **Wanderungen durch London.**
Riesen-Projektionsbilder mit erläuterndem Vortrag.

Fröbels
Allerlei-Theater
früher **Publmann**
Schönhauser Allee No. 148.
Heute und folgende Tage:
Neuer Spielplan.
Neu! Das Volksstück:
Die Weber.
Neu! Die Operette:
Der treueste Mann.
Neu: Die Pantomime:
Die Kneipe im Monde.
Der unvergleichliche **Carl Braun** und der alldeliebte **Hugo Schulz.**
Täglich: **Großer Ball.**
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 27. Juli

im Restaurant „Schloss Weissensee"

Gr. Volks-Fest

arrangiert von den

Parteigenossen des 6. Berl. Wahlkreises.

Grosses Früh-, Mittags- und Nachmittags-Konzert
von zwei starkbesetzten Kapellen.
Gesangs-Aufführungen von 20 Gesangvereinen des Arbeiter-Sänger-Bundes unter Leitung des Bundes-Dirigenten Herrn **R. Blobel.**
Auftreten von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte".
Auftreten des Niagara-Trios auf dem **150 Fuss hohen Drahtseil.**
Im herrlich gelegenen See-Theater:
Vorstellung der neu engagierten Specialitäten
bei freiem Entree.
Vorstellung eines Kasperle-Theaters bei freiem Entree.
Grosses Brillant-Wasser-Feuerwerk.
Bei eintretender Dunkelheit: **Kinder-Fackel-Polonaise** durch den Garten. Jedes Kind erhält am Eingang 2 Bons, einer berechtigt zur Empfangnahme einer Stocklaterne und einer zur einmaligen Benutzung eines Karussells oder einer Schaukel.
Von 4 Uhr nachmittags in beiden Sälen: **TANZ.**
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2–6 Uhr zur Verfügung: a Liter 60 Pf.
Anfang des Konzerts früh 8 Uhr.
Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.
Ausführliches Programm an der Kasse gratis.
Zahlreichen Besuch erwartet **Das Komitee.**
Für hinreichende Fahrverbindung ist Sorge getragen.
248/11*

VI. Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).

Sonntag, den 20. Juli 1902, in den Lokalen:
„Jägerhaus" und „Schönhauser Volksgarten",
Schönhauser Allee 101–103:

Gr. Sommer-Fest

veranstaltet von den
Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt.

Grosses Konzert
von 2 stark besetzten Kapellen, ausgeführt von **Civil-Berufsmusikern.**
Gesangsvorträge. Radfahrer-Reigenfahren. Turnerische Aufführungen von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte". **Grosse Kinderbelustigungen** mit **Präsent-Verteilung. Feuerwerk. Kinderumzug. Kinderfackelzug.**
In beiden Sälen:
Großer Fest-Ball.
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Die **Kaffeeküche** steht den geehrten Damen von 2 Uhr ab zur Verfügung (a Liter **60** Pf.) [7836
Eröffnung 11 Uhr. **Billet a 20 Pf.** **Anfang des Konzerts 12 Uhr.**

Passage-Theater.
Das glänzende Juli-Programm.
Willy Prager.
(Prolongiert!)
16 neue erstkl. Nummern.
Passage-Panopticum.
Moles Pariser
Marionetten-Theater.
Das Affenweib.
Seejungfer. Tigerknabe.

Sommertheater
Marienbad
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Heute Donnerstag: Extra-Benefiz-Vorstellung f. Waldemar Richardt.
Adelaide.
Adelaide: Lene Laud v. Wolzogen-Theater als Gast. Beethoven: Waldemar Richardt. Franzl: Dir. Richard Wagner.
Entree **20 Pf.**
Benefiz-Tanzkränzchen mit Vorträgen.

Rechtsbureau, Tettowerstraße 45, Eingaben, Gesuche, Ratserteilung. Unbemittelten unentgeltlich. 11852*

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11–1½ Uhr.

Torfpresse, fast neu, billig zu verkaufen Müllenhoffstraße 19, C. Kauffmann. 28/18

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. **Morwitz-Oper.**
Franceschina Prevosti:
Der Troubadour.
Sonnabend: Fidelio. Sonntag: Franceschina Prevosti: Traviata.
Montag: **Die verkaufte Braut.**

Zoologischer Garten

Täglich nachmittags ab 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M. v. **6** Uhr ab **50** Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Hagenbecks Malabarentruppe.

Nur noch kurze Zeit.
Radrennbahn Kurfürstendamm.
Vorstellungen: Wochentags: 4½, 6 und 8 Uhr. — Sonntags: 3, 4½, 6 und 8 Uhr.
Eintritt 50 Pf. **Kinder 20 Pf.**
Logensitze 2 M. Res. Plätze 1 M.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13—15.
Artistischer Leiter: Gust. Bock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats:
Wechselndes Programm!
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Täglich: Das großartige neue Programm.
Willy Agoston.
Berlin auf Stelzen.
Außerdem: Konzert, Theater, Specialitäten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Kaffeeküche. Im Saale: **Ball.**

Schweizer Garten

Am Königsthor 42029*
Am Friedrichshain
Täglich:
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Täglich bis 7 Uhr: **Freier Damentanz.**
Jeden Abend 10 Uhr:
Leute von heute.
Große Posse mit Gesang und Tanz.

Umstehendes Flugblatt legt die Grundsätze dar, nach denen ich in Moabit, Turmstraße 85, mein Hauptgeschäft betreibe. Ich habe mir dort das Vertrauen aller Bevölkerungskreise erworben.

Nun habe ich jetzt im Westen (Potsdamerviertel) an der Grenze Schönebergs das Lager der

Adolf Israelskyschen Konkursmasse

gekauft und bringe dasselbe mit den Beständen des vormals Wittenbergschen Lagers in Moabit und komplettiert mit einzelnen Sachen und Partien meines Hauptgeschäfts in dem vormals Israelskyschen Laden

Winterfeldt-Straße 7

zum

vollständigen Ausverkauf.

Ich habe den Laden voraussichtlich nur kurze Zeit und muß schleunigst räumen. Wer mich kennt, weiß, daß in Vorstehendem wie in allen meinen Ankündigungen

jedes Wort wahr ist.

Ich bin streng reell, habe

streng feste Preise

und

verkaufe wirklich billig.

Ich habe sowohl billige als auch

ganz gute Qualitäten.

Nicht viel verdienen, aber viel absetzen will ich.

---

circa 200 Knabenanzüge
circa 130 Burschenanzüge
circa 160 Herrenanzüge
circa 240 Hosen
circa 60 Sommerpaletots.

Sehr viele Waschsachen, Anzüge, Hosen, Joppen.

Arbeitssachen

in blau, in Manchester, in englisch Leder, in weiss etc.

Mechanikerkittel, Malerkittel und vieles andre.

Noch ein Wort!

Wer es kann, kaufe jetzt bei mir seine

Winterjoppe (ca. 60 Stück),

seinen

Winterpaletot (ca. 80 Stück).

Naturgemäß sind diese Sachen am billigsten aufgenommen, resp. am meisten heruntergesetzt.

Der Ausverkauf beginnt

Freitag, den 18. Juli, nachmittags 4 Uhr,

und ist Werktags nur von 4 bis 8 Uhr nachmittags, Sonntags von 7—10 und 12—2 Uhr geöffnet, also nur 4 Stunden täglich. Die ungeheuer billigen Preise lassen nur einen so geringen Nutzen übrig, daß mehr Zeit dafür nicht aufgewendet werden kann.

Herm. Schlesinger,

zur Zeit:

Winterfeld-Strasse 7.

Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft

Berlin O., Frankfurter Allee 53.

Telephon Amt VII 2645.

Wir verkaufen **nach wie vor** in unseren circa 80, eigenen Ausschankstätten, welche unter unserer eigenen Verwaltung stehen, unsere aus den feinsten Rohmaterialien hergestellten, stets frischen und gut gepflegten Biere:

½ Liter | helles zu 10 Pf.
¼ Liter | Lagerbier „ 5 Pf.
Münchener u. | 4/10 Ltr. 10 Pf.
Pilsener Art | 2/10 Ltr. 5 Pf.

1 gr. Weisse 15 Pf., 1 kl. Weisse 8 Pf.

Flaschenbiere

für M. **1,50** frei Haus:

15 Fl. (ca. ½ Ltr.) } Helles
18 Fl. (ca. 4/10 Ltr.) } Lagerbier.
15 Fl. (ca. 4/10 Ltr.) } Pilsener und
15 Fl. (ca. 4/10 Ltr.) } Münchener Art

20 kl. Weissen (gelb Etikett).
15 kl. Tafel-Weissen (weiss Etikett).
15 Flaschen Malzbier.
20 Flaschen Weizenbier.

Zum Selbst-Abziehen:

1/8	To. Weissbier	1,75 M.
1/16	„ „	0,90 „
1/8	„ Werdersch-Malz	2,50 „
1/16	„ „ „	1,25 „
1/16	„ Braunbier . . .	0,90 „

oder **Weissbier, Braunbier** à Lit. 10 Pf., **Malzbier** à Liter 15 Pf. in der Brauerei, **Frankfurter Allee 53,** und in den **Jungbier-Verkäufen:**

Berlin N: Wörtherstraße 38, Ramlerstraße 5, Usedomstraße 8, Lortzingstraße 41, Müllerstraße 25a. **O:** Grüner Weg 60. **SO:** Schmidstraße 39. **S:** Dresdenerstraße 114, Prinzenstraße 105, Gräfestraße 12. **SW:** Hagelsbergerstraße 18. **NW:** Turmstraße 66, Lübeckerstraße 7.
Friedrichsberg: Frankfurter Chaussee 104.
Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 119.
Bestellungen auf Flaschen- und Faßbiere erbitten per Post nach Frankfurter Allee 53. 45622*

Beckers Restaurant und Festsäle.

Inhaber: Wilh. Röseler, Kommandantenstr. 62.
Empfehle meine Säle für Versammlungen und Festlichkeiten, coulante Bedingungen. Auch Sonntags zu vergeben. 881b*

Sonnabend, den 19. Juli:

Große Mondscheinfahrt mit Musik
auf illuminierten Dampfern nach **Neptunshain.**
Abfahrt 9 Uhr abends an der Stralauer Brücke 5.
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 50 Pf. 46772*
Im Saale: **Grosser Ball.** **L. Kahnt.**

Herren-Stoffe.

Räumungs-Ausverkauf!!!

Die Bestände unsres Ladengeschäfts

Spandauerstr. 33/35

werden wegen Aufgabe des Ladens **bedeutend unter Preis ausverkauft.** 46742*

Brenner & Co.

Engros-Lager jetzt: Königstr. 46, I.

Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Reste spottbillig.

Socialdemokr. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Putzer, Genosse

Gustav Bischoff

am Dienstag, den 15. Juli, auf seiner Arbeitsstätte plötzlich am Herzschlage verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Kirchhofs in Treptow aus statt.

Die Genossen werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.

232/10 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Hermann Petzold

am 12. d. M. durch Ueberfahren mit der Straßenbahn gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 18. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Neuen Jakobi-Kirchhof, Rixdorf, Hermannstraße. 117/18

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen der Firma Flohr, dem Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter, den Genossen des 560. Bezirks des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises für die rege Teilnahme und reichen Kranzspenden, ferner dem Gesangverein „Nordwacht" für den Gesang am Grabe meines lieben Mannes den herzlichsten Dank.

Witwe Grunenberg nebst Kindern und Bruder.

Sage hiermit allen Bekannten und Kollegen, insbesondere dem Gesangverein Nordwacht für den schönen Gesang am Grabe meines lieben Mannes den herzlichsten Dank. 185

Wwe. **Wagner** nebst Kindern.

Arbeiter-Radf.-Verein „Vorwärts"-Berlin.

Sonntag, den 20. Juli, früh 3 Uhr, nach Angermünde. Sonntag, den 27. Juli, früh 6½ Uhr, nach Alt-Landsberg. Nachmittag Schloß Weißensee. Sonntag, den 3. August, nachmittags 1 Uhr, nach Friedrichshagen (Sportfest). Start für alle drei Ausfahrten Waldstr. 8. Nächste Vereinsversammlung Mittwoch, den 6. August, Waldstr. 8. Gäste sind bei Touren und Versammlungen stets willkommen. 12/15

W. Noacks Theater

Brunnenstr. 16. 46429*
Sind noch einige **Sonnabende** im Monat August u. Anfang September an Vereine, Gewerkschaften zu vergeben.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für 25/17*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Herren-Kragen,

rein leinen, garantiert 4fach.
sämtliche neue Façons in allen Weiten
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.
Geschlossene Kragen
per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.
Manschetten, prima, garantiert 4fach,
½ Dutzend 2,25 Mark,
Oberhemden, Serviteurs, Krawatten in größter Auswahl. **Tricotagen, Strümpfe. Detailverkauf zu Engros-Preisen.** 43152*
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.

4284L*

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch-Reste **Moquetts, Satteltaschen.**
Muster bei näherer Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158

Briquettes.

Wegen Räumung des Platzes verkauft beste Senftenberger Salon 1000 Stck. von 5,00 M. an. Bruch 60 Pf. pro Ctr. ab Platz. Fahrlöhne billigst berechnet. Mühlenst. 12. **A. Herrmann Kohlenlager**

Mühlenstr. Nr. 8,
an der Warschauerstr., sind vom 1. Oktober ab billige Hofwohnungen von 2 Stuben 2c. zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 46239*

Steppdecken

in **Baumwolle** schon v. **2,45** M. an
in **Wolle** „ „ **4,50** „ „
in **Seide** „ „ **10,75** „ „
kauft man **jetzt** im vollständigen

Ausverkauf

des seit 43 Jahren bestehenden Geschäfts von

A. Löwenthal

Berlin C. 45582
Breitestr. 20, Ecke Scharrenstrasse.

Achtung! ☛ ☚ **Achtung!**

Sonntag, 20. Juli, vorm. 9½ Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestr. 103:

Grosse Versammlung

aller Mitglieder der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse.

Tages-Ordnung:

1. Die Herabsetzung des Krankengeldes event. Erhöhung der Beiträge. Referent Kollege **Gries.** 2. Vortrag über Invaliditäts-, Alters- und Unfallversicherung. Referent Kollege **Albrecht.** 3. Diskussion.

☛ **Mitgliedsbuch legitimiert.** ☚ 290/15

Der wichtigen Tagesordnung wegen wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht.

Die Kommission der Delegierten. J. A.: Hermann Schulz.

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnis-Verein der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins u. Umgeg.

Sonntag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr, Langestr. 65:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1902.
2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 37/3

Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1–5. Telephon Amt 7 Nr. 353.

Sonnabend, den 19. Juli 1902, abends 8½ Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8: 117/17

Konferenz der Vertrauensleute für Moabit.

Sonntag, 20. Juli, vorm. 10 Uhr, bei Sachse, Lindowerstr. 26:

Versammlung der Feilenarbeiter.

Sonntag, den 20. Juli 1902, vormittags 10 Uhr, bei Wetzel, Wrangelstr. 136:

Morgensprache der Schraubendreher.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Achtung! **Bauarbeiter!** Achtung!

Sonntag, den 20. Juli 1902, vormittags 10 Uhr, in Dräsels Festsälen, Neue Friedrichstr. 35:

General-Versammlung

der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung des Kassierers vom II. Quartal und Bericht der Revisoren. 2. Bericht über den Stand unsrer Lohnbewegung. 3. Vereins-Angelegenheiten und Verschiedenes. 31/6

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Verein der Zimmerer

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr,

in Cohns Festsälen, Beuthstr. 20, I:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 257/16

1. Abrechnung vom II. Quartal. 2. Abrechnung von der Urania-Vorstellung. 3. Wahl von zwei Revisoren. 4. Vereins-Angelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! **Achtung!**

Bretterträger u. Brettschneider

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 20. Juli, vormittags 10½ Uhr,

Holzmarktstr. 72 (Königstadt-Kasino):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Lohntarif-Beratung. 2. Abrechnung vom II. Quartal (April–Juni) 1902. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 19/8

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Heute, Freitag, abends 8¼ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Orts-Verwaltung.

☛ **Die Kollegen, welche noch Bücher aus der Verbands-Bibliothek in Händen haben, werden ersucht, dieselben umgehend auf dem Bureau abzuliefern.**

NB. Kollegen! Mit großer Majorität haben sich bei der Urabstimmung die Beteiligten für einen Beitrag von **60 Pf. pro Woche** ausgesprochen, deshalb wird vom **Sonnabend, den 19. Juli ab der 60 Pf.-Beitrag erhoben.**

86/7 **Die Ortsverwaltung.**

Sonnabend, den 19. Juli 1902, abends 8½ Uhr, bei Bauer, Rosenthalerstr. 57:

Branchen-Versammlung der Bürsten- u. Pinselmacher.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Der neugegründete Bürstenmacher-Verband. — Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme von Beiträgen.

☛ Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Kommission.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30. Fernsprecher: Amt 7 Nr. 1959.

Zur Dampferpartie 157/6

am Sonntag nach Nedlitz bei Potsdam, Abfahrt 7 Uhr morgens vom Schlütersteg am Bahnhof Friedrichstraße (Reichstags-Ufer), sind noch Billets im Bureau sowie bei folgenden Kollegen zu haben: **W. Tuschke,** Langestr. 103, III; **F. Habermann,** Waldemarstr. 67, Hof IV; **A. Jänicke,** Falckensteinstr. 36, II; **R. Rosenow,** Rixdorf, Hermannstr. 129; **R. Lieske,** Hoffmannstr. 23, linker Seitenfl. bei Steinke; **A. Besenbruch,** Neanderstr. 33, II; **C. Achterberg,** Adalbertstr. 62.

Kranken- u. Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Umgeg.

E. H. Nr. 115/132.

General-Versammlung

am Sonntag, den 27. Juli cr., vorm. 10 Uhr, im Saale des Herrn **Krüger,** Grunewaldstr. 110.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom 1. u. 2. Quartal 1902. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 274/3*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Dachdecker Deutschlands „Einigkeit".

Sonntag, den 20. Juli, vormittags 11 Uhr, bei **Feind,** Weinstr. 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1902.
2. Verschiedenes in Kassenangelegenheiten. 54/4

Der Vorstand.

Da durch die Veterinärpolizei die vollkommene Gesundheit der **Schwerkschen Kühe** festgestellt worden ist, so erkläre ich hiermit auf Grund schiedsmännischen Vergleiches, die Wahrheit nicht gesprochen zu haben, indem ich das Gegentheil behauptete. 882 b

Frau **Tiefenbach,** Petersburgerstr. 6.

Gau 9. Sonnabend, 19. Juli, früh 3½ Uhr, Prenzlauer-Chaussee, Eisenbahnbrücke über die Stettiner Bahn bei Pankow, nach Prenzlau (104 Kilometer). Abends 6 Uhr in Weißensee, Berlinerstraße, Café Rettig, Abfahrt nach Eberswalde (50 Kilometer). Sonntagfrüh 4 Uhr, Weißensee, Café Rettig, Gautour nach Eberswalde-Angermünde (79 Kilometer). In Eberswalde, Restaurant „Zur Mühle" 8½ Uhr Frühstück. In Angermünde nachmittags 1½ Uhr beim Gastwirt Lange, Kaffeegarten, Schwedter Thor, Mittagessen.

Bundesmitglieder sowie Gäste sind zu dieser Tour freundlichst eingeladen. 12/14

Arbeiter-Radfahrer-Verein Berlin.

Sonntag früh 4 Uhr Königsthor nach **Eberswalde-Angermünde** (siehe Gau-Inserat), 2 Uhr Prenzlauer Thor nach Franz. Buchholz (Kühne).

Allen Parteigenossen, Freunden sowie meiner werten Nachbarschaft hiermit zur Kenntnis, daß ich mein 844b*

Weiß- u. Bayrisch-Bier-Lokal

von Pallisadenstr. 9 nach der **Zorndorferstraße 8** verlegt habe. Vereinszimmer bis 60 Personen. 844b*

Achtungsvoll **Otto Franke.**

Einmalige Anzeige.

Ausschneiden — Lesen!

Reformen

in der

Bekleidungs-Branche.

In der Vorzeit, als ein jeder sich das Produkt, dessen er bedurfte, noch selbst herstellte, war von einem Warenhandel nur in ausländischen Erzeugnissen: Früchten, Spezereien und andren Naturprodukten die Rede. Diese Artikel wurden im wesentlichen durch Tauschhandel von Ort zu Ort, von Land zu Land vertrieben. Die Einführung des Münzwesens, die fortschreitende Civilisation mit ihren größeren Bedürfnissen haben zur Specialherstellung und Arbeitsteilung, die Erfindungen der Neuzeit zur Massenherstellung fast sämtlicher Gebrauchsartikel geführt. Naturgemäß mußte der Handelsstand durch die Ausdehnung seines Betriebes zu immer größerer Bedeutung gelangen.

Nun fragt es sich aber: Steht die Differenz zwischen dem Beschaffungs- und dem Verkaufswert im richtigen Verhältnis zu den von dem Kaufmann dabei verwendeten Mühen und Unkosten, oder steht der Gewinn des Kaufmanns im Verhältnis zu seiner Intelligenz und Thatkraft? Man wird leicht geneigt sein, diese Fragen je nach dem Standpunkt des Beurteilers mit einem kurzen Ja oder Nein zu beantworten. Der eingeweihte Beurteiler muß zugestehen, daß die sogenannten goldenen Zeiten wie für das Handwerk, so auch für den Handelsstand vorbei sind. Nur ganz besondere Intelligenz und Thatkraft vermögen noch ganz besondere Resultate zu erzielen. Der Einfluß des Großkapitals auf die Gestaltung des Betriebes vieler Handelsstätten mögen hier unerörtert bleiben.

Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten heben sich nun aber einige besondere Verhältnisse in vorteilhafter Weise ab, und hierbei tritt die Verschiedenheit der Branchen besonders hervor.

Während im Handel mit Materialwaren und andren Lebensmitteln eine feste Preisbildung längst vorhanden ist, ist dies z. B. in einem ebenso bedeutenden, ja wesentlich umfangreicheren Bedarfsartikel, wie **Herren- und Knaben-Bekleidung,** durchaus nicht der Fall. Nächst der Ernährung ist doch die Bekleidung des Körpers das Notwendigste und Beachtenswerteste. **Und hier giebt es keine festen Preise. Das Vorschlagen, Handeln und Ablassen im Garderobengeschäft** ist eine Unsitte, welche ein Vertrauen zwischen dem Kaufmann und seinen Abnehmern nicht aufkommen läßt. Wenn es vorkommen kann, daß ein Verkäufer 45 M. für einen Anzug verlangt und dann für 18 M. verkauft, wo soll dann das Vertrauen herkommen? Ein andrer, der diese Kniffe nicht kennt, zahlt für denselben Anzug 25, 30, 35, 40 oder auch 45 M. **Dabei sind es gerade die ärmeren Klassen, die so gerupft werden. Wer sich jede Saison einen Anzug kaufen kann, wer Zeit hat, Auslagen, Angebote rc. zu prüfen, mag noch glimpflich davonkommen. Der Arbeiter, der wochentags keine Zeit hat, der sich endlich die paar Thaler für den Anzug zusammengespart hat, kommt nun Sonntags in das Gedränge des überfüllten Ladens, ohne Fachkenntnisse, ohne Berater: er ist es, der am teuersten kauft.** Nicht allein bei Kleidungsstücken, auch bei vielen andren größeren Gegenständen sehen wir dasselbe Schachern um den Preis. Am schlimmsten aber ist es bei Herrenbekleidungen. **Das widrige Feilschen und Markten um den Preis raubt unbedingt die Achtung vor der Person des Kaufmanns.**

Wer trägt die Schuld? Ohne Zweifel zuerst der Kaufmann. Würde derselbe stets den allerbilligsten Preis deutlich und für jedermann lesbar an dem betreffenden Gegenstand bezeichnen und unerbittlich jeden gehen lassen, der irgend etwas abziehen will, so müßte das Publikum das Handeln schon bleiben lassen. Einen Anteil der Schuld trägt jedoch auch das Publikum. Nur ist es schwer zu erkennen, was Ursache oder Wirkung ist. Handelt das Publikum, weil der Kaufmann vorschlägt, oder schlägt der Kaufmann vor, weil das Publikum handeln will? Thatsache ist, daß ein Teil des Publikums, und das ist sicherlich der vernünftigere, sehr gern zu festen Preisen kauft. Andrerseits giebt es Kunden, und zum Teil ganz aufgeklärte Leute, bei denen es fast zur krankhaften Gewohnheit geworden ist, irgend etwas abzuziehen. Jene bedenken nicht, daß der Kaufmann nur dann seine Waren mit dem geringsten, für seine Existenz notwendigen Prozentsatz kalkulieren kann, wenn er ganz sicher ist, den festgesetzten Preis auch unter allen Umständen zu erhalten. Der Kaufmann muß sehen, wo er bleibt, läßt er hier nach, muß er dort wieder aufschlagen. **Den Schaden hat jedesmal das Publikum.** Eine Reellität ohne streng feste Preise ist unmöglich. Jedes Entgegenkommen, jedes Nachlassen im einzelnen, jedes Abziehen am ganzen muß der Kunde doch mitbezahlen. **Billig und gut ist ohne streng feste Preise ebenfalls unmöglich.** Ferner, welch Unmoral liegt doch in diesem Schachersystem! Auf welch niedrigem, geistigem und kulturellem Niveau stehen dann Käufer und Verkäufer! Wer würde wohl beim Materialwarenhändler kaufen, der handeln ließe, oder Bäcker oder Schlächter etwas abziehen wollen. Bekleidungsstücke haben für den reellen Kaufmann einen ebenso festen Marktpreis als Herings, Butter und Kartoffeln. Das Vorschlagen, Bieten und Handeln ist von allgemein sittlichem Standpunkte so entwürdigend, daß diesem Treiben die Ansicht von der Unproduktivität, ja von dem Schmarotzertum einer großen Kategorie Handeltreibender, und nicht mit Unrecht, zuzuschreiben ist. Ein Kunde, dem für eine Hose 6 M. abverlangt wird, der für dieselbe nach langem Zerren und allerlei schwülstigen Redensarten 5 M. gezahlt hat, ist über den Abzug befriedigt, denkt aber doch: „Hätte ich noch weniger geboten, so hätte ich sie auch bekommen." **Und er hätte sie auch bekommen!** In Geschäften, wo gehandelt wird, **ist jeder Preis noch zu hoch.** Der Kunde bietet das nächste Mal nicht 5, sondern 3 M., der Kaufmann muß noch mehr vorschlagen usw. Ein „Geriebener" kauft wirklich einmal billig, und zehn andre fallen hinein. Wie schützt sich das Publikum dagegen? Es wäre verkehrt und vollständig fruchtlos, Polizei und Gesetzgebung dagegen anzurufen. Das Publikum kann sich nur selbst schützen, indem es principiell Geschäfte meidet, in denen vorgeschlagen oder nachgelassen wird. Der reelle Kaufmann wird es ihm danken durch um so billigere Preise, und Käufer und Verkäufer werden sich achten und schätzen lernen.

Hermann Schlesinger,

Turmstr. 85.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant, gut gehend, altes Geschäft, wegen Krankheit des Besitzers billig zu verkaufen Salzwedelerstraße 2. †81*

Waldparzellen, an Wiese und Wasser, verkauft Besitzer Pflaumbaum, Hermsdorf, Lindenstraße 15. 8196*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. Kurzberg, Landsbergerstraße 13. 1215K*

Bauparzellen, gutes Ackerland, nahe am Bahnhof Zepernick (Stettiner Bahn), Rute 10 Mark, herrlich gelegen an Waldungen. Anfragen Kloß, Weißenburgerstraße 59, abends 6 Uhr.

Wirtschaftsgegenstände verkäuflich. Privatleute, bei Wickert, Prinzessinnenstraße 10 II. 879b

Spottbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Repetieruhren Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Tandem verkauft Stevert, Muskauerstraße 45. †1*

Verfallene Pfänder, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden spottbillig verkauft. Altes Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pfandleihe Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. 847b*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Restauration mit Garten in Rixdorf, 3 Zahlstellen, Verein, augenblicklich Baugeschäft, krankheitshalber sofort zu verkaufen. Zu erfragen Rixdorf, Hermannstraße 201, Konditorei.

Milchgeschäft, ringfreie Pachtung, verkäuflich. Böckhstraße 12. 880b

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tadellos, räumungshalber spottbillig. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82.

Nähmaschinen, gebrauchte, nagelneue spottbillig. Pfandleih-Haus Seydelstraße 20, Eingang Grünstraße.

Restauration zu verkaufen Rostockerstraße 40. L. Ritter. 8855*

Klempnerei Todesfalls und wegen Krankheit für jeden Preis verkäuflich. Kronenstraße 22. 884b

Baustelle (Vorort) 10 Minuten vom Bahnhof, 6 bis 8 Mark die Rute, sind noch zu haben. Joers, Zepernick. 8872*

Wasch- und Plättanstalt krankheitshalber zu verkaufen. Landsbergerstraße 16a. 29/15

Vertiko, Kleiderspind wegen Geldmangel verkauft Höfer, Admiralstraße 19, Hof IV. 891b

Vermischte Anzeigen.

Leihhaus H. Graff, Beuthstraße 5. Ungenierteste Einzel-Bedienung. Coulant. Diskretion. Reellität. *

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Ratenteilung. 8495*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 25425*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 12078*

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Fahrradgesuch, Kaziaft, Schönhauser Allee 163a. 119/8*

Freunden und Bekannten empfehle mein neu eingerichtetes Lokal nebst Kegelbahn und Saal, 150 Personen. August Wendt, Kopenhagenerstraße 74, Ringbahnhof Schönhauser-Allee. †61*

Vereinszimmer, Bier, Alte Jakobstraße 119. 1188K*

Rechtsbureau. Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Ratenteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 890b

75 Pfennige! Strafaufschub-, Eingabengesuche, Ratenteilung, Allerbilligst Schanksachen. Militärsachen, Kaufverträge, Zahlungsbefehle, Gerichtsklagen. Wukkow, Stalitzerstraße 141. 889b

Dampferpartie mit Musik. Zum 17. August (Sonntag) suche ich noch 2 kleine Vereine zur Beteiligung nach Wernsdorfer-Schleuse. Krause, Wienerstraße 37. 1217K*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten Forsterstraße 54, Hof III, Witwe Rosenthal.

Schlafstelle für Herrn. Lehmann, Lausitzerstraße 40, vorn 2 Treppen.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Hausreinigung sofort zu vergeben. Westen. Offerten 33 Postamt 39.

Goldleisten. Tüchtige Belegerinnen finden Beschäftigung Köpnickerstr. 100a.

Mamsells auf Jacketts und Paletots verlangt Weise, Pücklerstraße 22.

Wollen Sie Ihr Einkommen erhöhen, so verlangen Sie die Firmenliste **für Erwerb u. Nebenverdienst** gegen M. 1.— (auch Nachnahme).

Handwerker, Arbeiter, auch weibliche Personen, finden lohnenden Nebenverdienst nachgewiesen. **Reichhaltige Auswahl, ca. 100 Firmen.** 8776

Verlag **L. Eickhorst, Delmenhorst.**

Stuccateure nach Kopenhagen

werden sofort gesucht (Anleger), Arbeit für längere Zeit. Hinwendung an Stuccateur **J. Andersen, Dansk Gibsindustrie-Compagni, Mariendalsvej 23, Kopenhagen F.** 2914*

Achtung! Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Maschinenarbeiter und Polirer:

R. Schulz, Kranstr. 18/19.
Emmeluth, Diessenbachstr. 33.
Kindel u. Friedrichsen, Yorkstr. 43.
Kindel u. Friedrichsen, Yorkstr. 59.
Ferdinand Wolf, Waldemarstr. 27 und Bethanien-Ufer 8.

83/3* **Die Ortsverwaltung.**

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.